

Geschäftsbericht 2021

Open Grid Europe GmbH

Open Grid Europe GmbH, Essen

Inhaltsverzeichnis

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021	3
1. Grundlagen der Gesellschaft	3
2. Wirtschaftsbericht	3
2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen	3
2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	3
2.1.2. Primärenergieverbrauch in Deutschland	4
2.1.3. Energiepolitische Entwicklungen in Europa	4
2.1.4. Energiepolitische Entwicklungen in Deutschland	5
2.2 Geschäftsverlauf	6
2.2.1. Nationale Regulierung	6
2.2.2. Netzentwicklungspläne und Marktraumumstellung	8
2.2.3. Technische Projekte	10
2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	12
2.3.1. Ertragslage	12
2.3.2. Finanzlage	13
2.3.3. Vermögenslage	14
2.4 Darstellung der Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG	15
3. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange	16
3.1 Umweltschutz	16
3.2 Mitarbeiter	17
4. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB	17
5. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht	18
5.1 Chancen- und Risikobericht	18
5.1.1. Darstellung des Chancen- und Risikomanagementprozesses	18
5.1.2. Bedeutsame Risiken	19
5.1.3. Weitere Risiken	20
5.1.4. Chancen	21
5.2 Prognosebericht	21

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021	24
Bilanz zum 31. Dezember 2021	24
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021	26
Anhang für das Geschäftsjahr 2021	27
I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss	27
II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	28
III. Erläuterungen zur Bilanz	32
IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	37
V. Sonstige Angaben	40
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2021	45
Beteiligungsliste gem. § 285 Nr. 11 HGB Stand 31. Dezember 2021	46
Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021	47
Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2021	48
Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021	51
Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)	52
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2021 nach Tätigkeiten	54
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2021 nach Tätigkeiten	55
Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020	56
Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2020	57
Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020	60
Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)	61
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2020 nach Tätigkeiten	63
Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2020 nach Tätigkeiten	64
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	65

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

1. Grundlagen der Gesellschaft

Open Grid Europe GmbH (OGE) mit Sitz in Essen ist der führende Erdgasfernleitungsnetzbetreiber Deutschlands und betreibt Deutschlands größtes Fernleitungsnetz mit einer Länge von rund 12.000 km. Als Netzbetreiber untersteht OGE der Aufsicht durch die Bundesnetzagentur (BNetzA), der deutschen Regulierungsbehörde, und ist an die rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union (EU) und des deutschen Gesetzgebers gebunden.

Zu den Kerntätigkeiten der OGE gehören die Vermarktung von Gastransportkapazitäten (einschließlich Mengenermittlung und Abrechnung), der Betrieb, die Wartung und Instandhaltung des Leitungssystems sowie die Steuerung und Überwachung des Netzes. Die Vermarktung der Gastransportkapazitäten erfolgte vom 1. Januar 2021 bis 30. September 2021 in den beiden bestehenden Marktgebieten der GASPOOL Balancing Services GmbH (GASPOOL) und der NetConnect Germany GmbH & Co. KG (NCG). Seit dem 1. Oktober 2021 erfolgt die Vermarktung in dem neuen gemeinsamen Marktgebiet der Trading Hub Europe GmbH (THE). Des Weiteren umfassen die Kerntätigkeiten die bedarfsgerechte, effiziente Weiterentwicklung der Fernleitungsnetze auf Basis von Netzentwicklungsplänen.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

2.1.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Der Sachverständigenrat erwartet in seinem Jahresgutachten für Deutschland im Jahr 2021 für das Bruttoinlandsprodukt ein Wachstum von 2,7 % und im Jahr 2022 ein Wachstum um 4,6 %. Für den Euro-Raum rechnet er mit 5,2 % beziehungsweise 4,3 % Wachstum. Das Vorkrisenniveau aus dem 4. Quartal 2019 wird vermutlich im 1. Quartal 2022 wieder erreicht. Die Unsicherheit über die kommende wirtschaftliche Entwicklung ist hoch. Erneute gesundheitspolitische Einschränkungen oder länger anhaltende Lieferengpässe könnten die Erholung stärker belasten.

Die deutlich gestiegene weltweite Nachfrage hat zu hohen Rohstoff- und Energiepreisen sowie angebotsseitigen Engpässen geführt. Dies hat den Verbraucherpreisindex (VPI) in Deutschland im Jahr 2021 um 3,1 % gegenüber 2020 steigen lassen. Länger anhaltende angebotsseitige Engpässe, höhere Lohnabschlüsse und steigende Energiepreise stellen Risiken dar, durch die temporäre Preistreiber zu anhaltend höheren Inflationsraten führen könnten.

Für das Gelingen der Transformation hin zu einer klimafreundlichen und digitalen Wirtschaft werden in Deutschland umfangreiche private Investitionen benötigt. Dafür müssen wachstumsfreundliche

Rahmenbedingungen geschaffen werden. Zukunftsorientierte öffentliche Ausgaben sollen priorisiert und die vielfältigen nicht-monetären Hemmnisse abgebaut werden. Zur Erreichung der Ziele soll eine Vereinfachung und Verkürzung von Planungs-, Genehmigungs- und Gerichtsverfahren und eine Bündelung von Kapazitäten und Expertise in operativ unabhängigen Institutionen beitragen.

2.1.2. Primärenergieverbrauch in Deutschland

Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2021 gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) eine Höhe von 12.193 Petajoule (PJ) beziehungsweise 416,1 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (Mio. t SKE). Das entspricht einem Anstieg um 2,6 % gegenüber dem Vorjahr. Der Energieverbrauch liegt jedoch noch spürbar unter dem Niveau der Vor-Corona-Zeit, was darauf hinweist, dass die energie- und gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland weiterhin in hohem Maße durch die Corona-Pandemie und ihre Auswirkungen geprägt wird.

Nach Einschätzung der AGEB sorgte die Preisentwicklung auf den Energiemärkten zum Ende des Jahres 2021 für eine spürbare Verbrauchsminderung. Vor allem die Preise für Erdgas und Rohöl stiegen im Vorjahresvergleich außerordentlich kräftig an. Die Preise für CO₂-Emissionszertifikate haben sich gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelt und erreichten zum Jahresende historische Höchststände. Die höheren Energie- und CO₂-Preise haben den wachstumsbedingten Anstieg des Primärenergieverbrauchs erkennbar gebremst.

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich 2021 um 3,9 % auf 3.258 PJ (111,2 Mio. t SKE). Hauptursache für diese Entwicklung war die in den ersten fünf Monaten deutlich kühlere und größtenteils eher windarme Witterung, die zum Mehreinsatz von Erdgas sowohl in der Wärme- wie auch in der Stromerzeugung führte. Ab der Jahresmitte sorgte der Preisanstieg für einen Mehreinsatz anderer Energieträger in der Strom- und Wärmeerzeugung. Der Anteil des Erdgases am gesamten Primärenergieverbrauch stieg leicht von 26,4 % auf 26,7 %.

Für das Gesamtjahr 2021 rechnet die AGEB mit einem Anstieg der energiebedingten CO₂-Emissionen in einer Größenordnung von gut 4 % oder etwa 25 Millionen Tonnen. Maßgeblich für diese Schätzung ist neben dem witterungs- und konjunkturbedingten Verbrauchsanstieg der leichte Rückgang des Anteils der Erneuerbaren am Gesamtverbrauch. In der Stromerzeugung wurde die verminderte Windstromerzeugung wettbewerbsbedingt vor allem durch gesicherte Leistung aus Stein- und Braunkohlekraftwerken ausgeglichen.

2.1.3. Energiepolitische Entwicklungen in Europa

Im Juli 2021 hat die EU-Kommission ihr Maßnahmenpaket „Fit for 55“ zur legislativen Umsetzung des Europäischen „Green Deals“ vorgestellt, durch welches eine Senkung der Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 % gegenüber den Emissionswerten aus dem Jahr 1990 erreicht werden soll. Das Paket umfasst eine Vielzahl von ordnungspolitischen Maßnahmen, die in ihrer Gesamtheit darauf abzielen, die Kosten für Emittenten von Treibhausgasen zu erhöhen, den Ausbau von erneuerbaren Energien zu fördern und Effizienzen beim Energieverbrauch zu realisieren. Das zentrale Instrument ist dabei der Europäische

Emissionshandel. Das bestehende System soll neben Industrie und Energieversorgung zukünftig auch die Schifffahrt umfassen und durch entsprechende Obergrenzen für auszugebende Zertifikate deutlich schneller Emissionseinsparungen in diesen Sektoren bewirken. Zudem will die EU-Kommission ab dem Jahr 2025 ein weiteres, separates Emissionshandelssystem für den Straßenverkehr und den Gebäudesektor einführen. Im Rahmen einer Revision der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie will die EU-Kommission Quoten für den Einsatz von erneuerbaren Energien in verschiedenen Sektoren vorgeben, die kollektiv dazu führen würden, dass bis zum Jahr 2030 40 % des Gesamtenergiebedarfs aus regenerativen Quellen bezogen würde. Unter anderem ist eine Quote für den Einsatz von erneuerbaren Kraftstoffen nicht-biogenen Ursprungs (sogenannte RFNBO) am industriellen Wasserstoffbedarf der Mitgliedsstaaten in Höhe von 50 % bis zum Jahr 2030 vorgesehen, welche in erster Linie durch den Einsatz von grünem Wasserstoff und entsprechende Folgeprodukte zu erfüllen wäre. Weitere Maßnahmen betreffen z.B. die an den jeweiligen Emissionen orientierte Besteuerung von Energieträgern, die energetische Sanierung von Bestandsgebäuden und den Ausbau der Tank- und Ladeinfrastruktur für erneuerbare und kohlenstoffarme Kraftstoffe.

Als zweiten Teil des „Fit for 55“ Pakets stellte die EU-Kommission im Dezember ein „Wasserstoff- und Gasmarktdekarbonisierungspaket“ vor, in welchem unter anderem der rechtliche und regulatorische Rahmen für einen zukünftigen Wasserstoffmarkt vorgeschlagen wird. Für den Zugang zu Wasserstoffinfrastrukturen will die EU-Kommission weitgehend auf den bestehenden Regelungen des Gasmarktes aufsetzen, während einer Übergangsphase bis 2030 aber Flexibilitäten bei Entflechtung und Zugangsbedingungen zulassen, um den Aufbau des Wasserstoffmarktes zu erleichtern. Zudem soll für Wasserstoff und andere erneuerbare und kohlenstoffarme Gase ein Transportentgeltsystem gelten, welches fast ausschließlich auf Einnahmen an Ausspeisepunkten basiert, um den innereuropäischen Transport dieser Gase zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern. Weitere Regelungen des Dezember-Pakets betreffen z.B. auch Vorgaben zur Reduzierung des Ausstoßes von Methan in der Energiewirtschaft sowie Möglichkeiten zur Vorhaltung von Gasmengen für den Zweck der Versorgungssicherheit.

2.1.4. Energiepolitische Entwicklungen in Deutschland

Die wohl wichtigsten energiepolitischen Entwicklungen 2021 in Deutschland stehen in engem Zusammenhang mit der Bundestagswahl im September. Mit der gemeinsamen Mehrheit im Bundestag konnten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP eine sogenannte Ampelkoalition etablieren und somit den Regierungswechsel herbeiführen. Der Koalitionsvertrag beinhaltet auch eine Reihe von energiepolitischen Vorhaben, deren Umsetzung für das Erreichen der Klimaschutzziele Deutschlands von großer Bedeutung sein dürfte.

Die Themen Klimaschutz und Energie werden bereits im zweiten Kapitel des Vertrages behandelt und nehmen somit eine prominente Stellung ein. Die neue Bundesregierung will an den bekannten Klimazielen festhalten. Dies bedeutet Klimaneutralität bis 2045. Abweichend zum letzten Koalitionsvertrag wird jedoch besonderes Augenmerk auf die Erreichung dieser Ziele mit technologieoffenen, sektorübergreifenden Instrumenten gelegt. Darüber hinaus werden die sektorspezifischen Ziele des aktuellen Klimaschutzgesetzes in einer Überarbeitung im Jahr 2022 durch ein ganzheitliches Monitoring aller Sektoren ersetzt.

In den Vorhaben der Ampelkoalition zum Klimaschutz nimmt Wasserstoff eine prominente Rolle ein. Wasserstoff wird neben Strom als „Voraussetzung für die europäische Handlungsfähigkeit und

Wettbewerbsfähigkeit im 21. Jahrhundert“ genannt. Entsprechend soll die Wasserstoffwirtschaft mit den nötigen Mitteln schnell und umfassend hochgefahren werden. Der Schwerpunkt soll auf einheimisch erzeugtem, grünem Wasserstoff¹ liegen, allerdings finden sich auch Hinweise auf die erhebliche Bedeutung von Importen sowie Möglichkeiten für die Erzeugung von blauem Wasserstoff². Gleichzeitig sollen für den Transport die entsprechenden Wasserstoffnetze und Importstrukturen geschaffen werden. Generell soll es zu einer Beschleunigung der Genehmigungsverfahren kommen. Besonders im Vergleich zur Ausrichtung der letzten Bundesregierung wird deutlich: die Politik sieht Wasserstoff und deren Infrastruktur als notwendigen und zentralen Teil der Energiewende. Allerdings ist Erdgas laut Koalitionsvertrag für eine Übergangszeit „unverzichtbar“. Gaskraftwerke würden für die Systemstabilität in besonderem Maße benötigt und sollen ausgebaut werden, sofern diese auch wasserstofftauglich sind.

Insgesamt ist der Koalitionsvertrag eine gute Grundlage, um in den kommenden vier Jahren Fortschritte in der Energiewende zu erzielen und wichtige Projekte wie den Hochlauf der Wasserstoff-Wirtschaft umzusetzen.

Auch die Vorgänger-Regierung aus SPD und CDU hat im Jahr 2021 noch einige wichtige Projekte im Bereich der Energiepolitik auf den Weg gebracht. An erster Stelle ist hier die Novelle des Klimaschutzgesetzes zu nennen. Als Reaktion auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat die Bundesregierung die Klimaziele deutlich verschärft und erstmals das Ziel der Klimaneutralität 2045 definiert. Weiterhin hatte die Große Koalition vor der Sommerpause 2021 erstmals Wasserstoff in das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) aufgenommen und weitere korrespondierende Regelungen hierzu gesetzlich verankert. Darüber hinaus wurden die Kriterien festgelegt, unter denen der bei der Wasserstoffherstellung eingesetzte Strom von der EEG-Umlage befreit werden kann.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1. Nationale Regulierung

Die für das Geschäftsjahr 2021 gültige Erlösobergrenze wurde mit Beschluss vom 13. Juni 2018 zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze der 3. Regulierungsperiode (2018-2022) nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, 5 und 11 und § 4 Abs. 2 ARegV wirksam. Der jährliche Saldo des Regulierungskontos ist nicht Bestandteil des Beschlusses zur Erlösobergrenze und wird demnach in einem separaten Verwaltungsverfahren beschieden. Mit Beschluss vom 12. Juni 2020 hat die Bundesnetzagentur den Regulierungskontosaldo des Jahres 2017 genehmigt. Das Verfahren für die Salden der Jahre 2018 - 2021 ist aktuell noch nicht abgeschlossen.

¹ Grüner Wasserstoff wird durch Elektrolyse von Wasser hergestellt, wobei für die Elektrolyse ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien zum Einsatz kommt. Unabhängig von der gewählten Elektrolysetechnologie erfolgt die Produktion von Wasserstoff CO₂-frei, da der eingesetzte Strom zu 100% aus erneuerbaren Quellen stammt und damit CO₂-frei ist.

² Blauer Wasserstoff ist Wasserstoff, dessen CO₂ bei der Entstehung jedoch abgeschieden und gespeichert wird. Das bei der Wasserstoffproduktion erzeugte CO₂ gelangt so nicht in die Atmosphäre und die Wasserstoffproduktion kann bilanziell als CO₂-neutral betrachtet werden.

Für die Bestimmung der Erlösobergrenze der 4. Regulierungsperiode (2023-2027) hat OGE zum 1. Juni 2021 die für das Kostenprüfungsverfahren der BNetzA gemäß § 6 Abs. 1 ARegV notwendigen Kostendaten übermittelt. Diese umfassen neben den Kosten des Geschäftsjahres 2020 (Basisjahr) auch entsprechende Daten der Vorjahre 2016 bis 2019.

Die für die Durchführung des - dem Kostenprüfungsverfahren nachgelagerten - Effizienzvergleichs benötigten Last-, Struktur- und Absatzdaten wurden gemäß Festlegung vom 6. Januar 2021 am 30. April 2021 der BNetzA zur Verfügung gestellt.

Auf Basis der seit 2019 durchgeführten Branchendialoge zur Weiterentwicklung der Anreizregulierung hat die Bundesregierung am 12. Mai 2021 den Entwurf der "Verordnung zur Änderung der Anreizregulierungsverordnung und der Stromnetzentgeltverordnung" verabschiedet. Die entsprechenden Veränderungen sind am 31. Juli 2021 in Kraft getreten. Neben Änderungen zur Kostentragung von Engpassmanagementmaßnahmen für Stromnetzbetreiber wurden auch wesentliche Neuerungen mit Wirkung für die Fernleitungsnetzbetreiber Gas verabschiedet. Diese betreffen u.a. OGE in folgenden Bereichen:

- Neuinvestitionen: Einführung des bereits bei Verteilernetzbetreibern etablierten Instruments des Kapitalkostenabgleichs (KKA) ab 2023
- Investitionsmaßnahmen (IMA): Beendigung des Instruments zum Ende der vierten Regulierungsperiode mit entsprechenden Übergangsregelungen für bestehende Maßnahmen
- Vergütung EK II gemäß § 7 Absatz 7 GasNEV: Änderung der Berechnungssystematik auf Basis der Bundesbankreihen ab der 4. Regulierungsperiode
- Regulierungskontomechanismus: Verlängerung der Datenbereitstellungsfrist vom 30.06. auf den 31.12. des entsprechenden Jahres. Die EOG-Anpassung erfolgt somit zukünftig statt im Folgejahr erst ab dem übernächsten Jahr nach Antragstellung.

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat am 2. September 2021 im Vertragsverletzungsverfahren der Europäischen Kommission gegenüber Deutschland (C-718/18 zur Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur) der Europäischen Kommission Recht gegeben. Laut dem Urteil hat der deutsche Gesetzgeber die Zuständigkeiten der Regulierungsbehörde zu stark beschränkt. Es ist zu erwarten, dass sich der Entscheidungsspielraum des Gesetz- und Ordnungsgebers für den zukünftigen Regulierungsrahmen deutlich einschränken und die Verantwortung der Regulierungsbehörde zunehmen wird. Es ist weiter davon auszugehen, dass der deutsche Gesetzgeber zeitnah Aktivitäten aufnimmt, um den nationalen Rechtsrahmen an die durch den EuGH konkretisierten Vorgaben anzupassen. Bis zur Neugestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen hat die Bundesnetzagentur bereits angekündigt, die derzeitigen Regeln der Strom- und GasNEV sowie der ARegV mit Verweis auf die aktuelle BGH-Rechtsprechung weiter anzuwenden.

Darüber hinaus wurden im Jahr 2021 wesentliche regulatorische Parameter für die 4. Regulierungsperiode (2023-2027) durch die BNetzA festgelegt bzw. der Ermittlungsprozess wurde begonnen:

- Am 12. Oktober 2021 hat die Bundesnetzagentur die Eigenkapitalzinssätze neu festgelegt. Danach beträgt ab 2023 der Eigenkapitalzinssatz (vor Körperschaftssteuer, nach Gewerbesteuer) für Neuanlagen 5,07 % und für Altanlagen (Aktivierung vor Januar 2006) 3,51 %. In Summe bedeutet dies

eine Absenkung von über 25 % gegenüber der bis 2022 gültigen Festlegung. Die OGE hat gegen diesen Beschluss Beschwerde beim OLG Düsseldorf eingereicht.

- Für die Ermittlung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors (Xgen) hat die Beschlusskammer 4 am 7. Juli 2021 Vorgaben zur Datenerhebung festgelegt. Demnach sind die benötigten Daten spätestens zum 15. April 2022 durch die Gasnetzbetreiber an die BNetzA zu übermitteln. Der Start des Festlegungsverfahrens des Xgen für die 4. Regulierungsperiode ist für das 2. Halbjahr 2022 zu erwarten.

Mit dem „Gesetz zur Umsetzung unionsrechtlicher Vorgaben und zur Regelung reiner Wasserstoffnetze im Energiewirtschaftsrecht“ sind am 27. Juli 2021 umfangreiche Neuregelungen zur Regulierung von Wasserstoffnetzen in Kraft getreten. Neben der Aufnahme von Wasserstoff als Energieträger im EnWG sowie umfangreichen Einzelregelungen (z.B. für Planfeststellung, Genehmigung und Umstellung von Erdgasleitung) ist auch eine Opt-in-Regulierung vorgesehen.

Wasserstoffnetzbetreiber können gem. § 28j Abs. 3 EnWG freiwillig, aber unwiderruflich gegenüber der Bundesnetzagentur erklären, ob sie der Regulierung nach Teil 3, Abschnitt 3b des EnWG unterliegen möchten. Entscheidet sich der Wasserstoffnetzbetreiber für die Opt-in-Alternative, so gelten beispielsweise zusätzliche Regelungen für Zugangs- und Entgeltregulierung und Entflechtung (u.a. separate Buchführung und Rechnungslegung). OGE hat bis Ende 2021 noch keine diesbezügliche Erklärung abgegeben.

Ergänzend zur EnWG-Novelle ist am 1. Dezember 2021 die Verordnung über die Kosten und Entgelte für den Zugang zu Wasserstoffnetzen (WasserstoffNEV) in Kraft getreten. Diese regelt für regulierte Wasserstoffnetzbetreiber übergangsweise die Ermittlung der Netzkosten/ -entgelte auf nationaler Ebene, bis ein entsprechender EU-Rechtsrahmen erlassen wird.

2.2.2. Netzentwicklungspläne und Marktraumumstellung

Sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene werden die Netzbetreiber zur Erstellung von Plänen verpflichtet, in denen der künftige Netzausbaubedarf ermittelt und die Planungen des Netzausbaus aufgestellt werden.

Entsprechend den Vorgaben des EnWG haben die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) gemeinsam in jedem geraden Kalenderjahr einen zehnjährigen Netzentwicklungsplan und in jedem ungeraden Jahr einen gemeinsamen Umsetzungsbericht des zuletzt veröffentlichten Netzentwicklungsplans der Regulierungsbehörde vorzulegen.

Den zeitlichen Vorgaben entsprechend haben die deutschen FNB zum 1. April 2021 den Umsetzungsbericht zum Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 (Umsetzungsbericht 2020) gemäß § 15b EnWG für das nationale Gas-Fernleitungsnetz veröffentlicht und an die BNetzA übermittelt. Der Umsetzungsbericht 2020 gibt einen detaillierten Überblick darüber, welche der bestätigten Maßnahmen des Netzentwicklungsplans Gas 2020-2030 bereits umgesetzt, derzeit noch im Bau befindlich sind oder noch in Zukunft durchgeführt werden müssen.

Die finale Fassung des Netzentwicklungsplans Gas 2020-2030 (NEP Gas 2020) haben die FNB fristgerecht am 26. Mai 2021 veröffentlicht. Die Planungen der FNB im finalen NEP 2020 zum Ausbau der deutschen Erdgasinfrastruktur sehen u.a. die Erweiterung der Ferngasleitungen um zusätzliche 1620 km sowie den Zubau von insgesamt 405 MW Verdichterleistung bis 2030 vor. Das Gesamtvolumen der NEP-Investitionen beläuft sich demnach auf rd. 7,8 Mrd. € bis 2030, wovon rd. 1,6 Mrd. € auf OGE entfallen. Das im Entwurf des NEP Gas von den FNB modellierte Wasserstoffnetz 2030 und die damit zusammenhängenden Maßnahmen für den Transport von Wasserstoff sind aufgrund des Änderungsverlangens der Bundesnetzagentur nicht mehr im finalen NEP Gas 2020 enthalten.

Am 21. Juni 2021 haben die FNB den Szenariorahmen zum Netzentwicklungsplan Gas 2022-2032 (NEP Gas 2022) zur Konsultation veröffentlicht. Ein Schwerpunkt des Szenariorahmens ist wiederum das Thema „Grüne Gase“ und deren Integration in die Gasinfrastruktur. Für den NEP Gas 2022 haben die Fernleitungsnetzbetreiber die zweite Marktabfrage Wasserstoff Erzeugung und Bedarf (WEB) und Grüne Gase durchgeführt, bei der 500 Projektmeldungen eingegangen sind. Der wachsenden Bedeutung von Wasserstoff und Grünen Gasen wird daher mit einer eigenen Modellierungsvariante Rechnung getragen. Der Szenariorahmen gibt einen Ausblick zur Entwicklung des Methan- und Wasserstoffbedarfs bis zum Jahr 2032 und darüber hinaus bis zum Jahr 2050. Die Basis hierfür bildet das dena-TM95-Szenario, welches durch die Fernleitungsnetzbetreiber an die aktuelle Entwicklung des Energiesektors angepasst wurde und das Potenzial gasförmiger Energieträger zur Dekarbonisierung aufzeigt. Der zukünftige Methanbedarf weist bis zum Zielplanungsjahr 2032 eine stabile Entwicklung auf. Die Fernleitungsnetzbetreiber schlagen für die Modellierung der Erdgasinfrastruktur eine Basisvariante vor, welche aus ihrer Sicht auf geeigneten Annahmen eines bedarfsgerechten und zukunftsorientierten Netzausbaus beruht.

Nach Konsultation und Diskussion mit den Marktteilnehmern wurde der überarbeitete Szenariorahmen am 16. August 2021 an die BNetzA übergeben. Die BNetzA hat den Szenariorahmen am 20. Januar 2022 bestätigt.

Der Umsetzungsbericht zum Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 geht in einem gesonderten Kapitel ausführlich auf die Herausforderungen der L-H-Gas-Umstellungsplanung (Marktraumumstellung) ein. So wird ein Teil des deutschen Gasmarktes mit L-Gas versorgt, welches allein aus Aufkommen der deutschen und der niederländischen Produktion stammt. Die übrigen in Deutschland verfügbaren Aufkommen liefern H-Gas. Aus technischen und eichrechtlichen Gründen werden H-Gas und L-Gas in separaten Systemen transportiert. Aufgrund des stetigen Rückgangs der deutschen und der niederländischen L-Gas-Produktion ist die Umstellung der entsprechenden Bereiche auf H-Gas ein wesentliches Element zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit mit Gas. Die Umstellung auf H-Gas erfordert dabei die Anpassung aller Gasverbrauchsgeräte in dem jeweiligen Bereich auf den höheren Brennwert des H-Gases. Die Kosten hierfür werden gemäß § 19a EnWG durch die FNB über eine separate Umlage bundesweit umgelegt.

Im Rahmen der L-H-Gas-Umstellungsplanung werden im Umsetzungsbericht zum Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 L-Gas-Mengen- und Leistungsbilanzen aufgestellt. In diesen Mengen- und Leistungsbilanzen werden Prognosen für die Bedarfs- und Aufkommensentwicklung unter Berücksichtigung der L-H-Gas-Umstellung sowie der abnehmenden L-Gas-Produktion gegenübergestellt. Durch Abstimmungen im Rahmen der vom niederländischen Wirtschaftsministerium initiierten "Task Force Monitoring L-Gas Market

Conversion" wurde sichergestellt, dass der Rückgang der jährlichen niederländischen L-Gas-Produktion in Einklang mit den im Umsetzungsbericht zum Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 getroffenen Planannahmen zum L-Gas-Bedarf in Deutschland steht.³

Wesentlicher Bestandteil zur Umstellung von L- auf H-Gas ist der Ausbau des bestehenden Fernleitungsnetzes, um sowohl die Anbindung der heute mit L-Gas versorgten Bereiche an H-Gas-Quellen als auch eine schrittweise Umstellung zu ermöglichen. Im Jahr 2021 betraf der Umstellungsprozess bei OGE 15 Verteilnetzbetreiber und 12 direkt angeschlossene Industriekunden in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Über die im Jahr 2021 in Betrieb genommene ZEELINK Leitung wurden unter anderem auch Teile der Gasversorgung der Landeshauptstadt Düsseldorf von L- auf H-Gas umgestellt. Bei OGE konnten alle für das Jahr 2021 geplanten Umstellungsbereiche umgestellt werden. Die Umstellung auf H-Gas wird bei OGE nach aktueller Planung im Jahr 2029 abgeschlossen sein.

2.2.3. Technische Projekte

OGE hat 2021 diverse Maßnahmen zur Modernisierung und zum Ausbau der technischen Infrastruktur vorgenommen. Darunter befinden sich auch Maßnahmen der in das OGE-Netz integrierten Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (MEGAL), Essen, Trans Europa Naturgas Pipeline GmbH & Co. KG (TENP), Essen, Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH (METG), Essen, Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund, und ZEE-LINK GmbH & Co. KG (ZEELINK), Essen.

Ein Projekt der MEGAL, einer Leitungsgesellschaft von OGE und GRTgaz Deutschland GmbH, Berlin, ist das Erweiterungsprojekt der Verdichterstation Rimpar auf Basis des Netzentwicklungsplanes Gas (NEP) mit einer Verdichterleistung von 3 x 11 MW. Der Projektfortschritt ist planmäßig. Die Montagearbeiten sind weit vorangeschritten, die Rohrbauarbeiten sowie Hochbauarbeiten sind nahezu fertiggestellt. Ein Großteil der Nebensysteme wurde in Betrieb genommen, mit der Inbetriebnahme der Maschineneinheiten wurde gestartet. Der Abschluss der Inbetriebnahme der Gesamtstation ist für Ende 2023 geplant.

Von der TENP, einer Leitungsgesellschaft der OGE und Fluxys TENP, Düsseldorf, wurde basierend auf umfangreichen Untersuchungen im November 2019 beschlossen, dass die mit dem sogenannten Polyken ummantelten Teile des Leitungsabschnitts Boxberg-Wallbach der TENP I nicht wieder in Betrieb gesetzt werden. Um die Versorgungssicherheit gewährleisten zu können, wurden die Leitungsneubauprojekte Mittelbrunn-Schwanheim (38 km, DN 1000) und Hügelheim-Tannenkirchen (16 km, DN 900) sowie der Bau der erforderlichen Verbindungsleitungen an die TENP II-Pipeline in den NEP 2018 aufgenommen. Die Inbetriebnahme ist für Dezember 2024 vorgesehen. Zur Darstellung eines erweiterten Kapazitätsbedarfs am Ausspeisepunkt Wallbach wurden die Leitungsbauprojekte Schwanheim-Au am Rhein (13 km, DN 1000), Schwarzach-Eckartsweier (29 km, DN 1000) und Tannenkirch-Hüsing (16 km, DN 900) in den NEP Gas 2020 mit Inbetriebnahme zu Dezember 2025 eingestellt und durch die BNetzA bestätigt. Das Engineering und die Genehmigungsverfahren dieser Neubauprojekte verlaufen planmäßig.

³ Quelle: Umsetzungsbericht zum Netzentwicklungsplan Gas 2020 -2030, S. 42

Die NEP Projekte der MEGAL und TENP zur Verstärkung der Überspeisung zwischen den Systemen auf der Verdichterstation Mittelbrunn auf rd. 2 Mio. Nm³/h wurden im September 2021 in Betrieb genommen und befinden sich im kommerziellen Betrieb.

Im Rahmen der nächsten Ausbaustufe der OGE-Verdichterstation Krummhörn, dem Zubau einer weiteren gasturbinengetriebenen Maschineneinheit (13 MW), wurde die Inbetriebnahme im April 2021 abgeschlossen.

Das NEP-Leitungsprojekt Heiden-Dorsten (ca. 18 km, DN 500/600) wurde aus genehmigungsrechtlichen Gründen in zwei Leitungsabschnitte geteilt. Diese Aufteilung führt dazu, dass das ursprüngliche Planfeststellungsverfahren eingestellt werden musste. Es ist geplant, zwei getrennte Planfeststellungsverfahren mit dem Ziel einzuleiten, die Leitungen bis Ende 2026 in Betrieb zu nehmen.

Für das NEP-Projekt Erftstadt-Euskirchen (EUSAL, ca. 18,5 km, DN 400) wurden die Rohrbauarbeiten der Leitung und die Rekultivierung abgeschlossen. Bedingt durch das Hochwasserereignis "Erft" wird die Inbetriebnahme im April 2022 erwartet.

Im NEP-Leitungsprojekt der NETG, einer Leitungsgesellschaft von OGE und Thyssengas GmbH, Dortmund, von Voigtslach nach Paffrath (ca. 24 km, DN 900) ist die Bauausführung aufgrund des Hochwasserereignisses "Erft" leicht verzögert. Die Inbetriebnahme ist aber weiterhin für Ende 2022 geplant.

Ein Projekt der ZEELINK, ein Gemeinschaftsvorhaben der Thyssengas GmbH, Dortmund, und der OGE, bestehend aus zwei Verdichterstationen in Würselen (3 x 13 MW) und Legden (2 x 13 MW), einer Erdgasfernleitung von Lichtenbusch bis Legden (ca. 215 km, DN 1000) sowie vier GDRM-Anlagen und einer Gas-Druckregel-Anlage konnte planmäßig realisiert werden. Die abschließenden Restarbeiten an der ZEELINK Pipeline sind nahezu abgeschlossen. Beim Bau der Verdichterstation Würselen wurden alle wesentlichen Arbeiten abgeschlossen – die Inbetriebnahme erfolgte ebenfalls planmäßig zum April 2021. Bei der Verdichterstation in Legden verlaufen die Bauaktivitäten ebenfalls planmäßig. Die Inbetriebnahme ist für 2024 geplant.

Im Zuge der sich bis 2029 erstreckenden L-H-Gas-Umstellung plant und baut OGE GDRM-Anlagen mit zugehörigen Erdgasleitungen, die dazu dienen, die umzustellenden L-Gas-Gebiete an H-Gas-Leitungen anzuschließen. Dies beinhaltet den Um- und Neubau von zahlreichen GDRM-Anlagen sowie Leitungsabschnitten. Die Fertigstellung aller im Netzentwicklungsplan Gas 2020-2030 definierten Ausbaumaßnahmen für die L-H-Gas Umstellung wird bis 2026 erfolgen. Die bisherigen Arbeiten und Inbetriebnahmen verlaufen planmäßig.

Im Rahmen der zustandsorientierten Instandhaltung werden insbesondere in Nordrhein-Westfalen Sanierungen an Altleitungen des OGE-Netzes durchgeführt. Außerdem wurden für die Anpassung an Erweiterungen der Infrastruktur in Deutschland zahlreiche Umlagen der Bestandsleitungen durchgeführt.

Im Juli waren große Teile von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz von Überflutungen, bedingt durch starke Regenfälle, betroffen. Auch das OGE-Netz und Leitungen der TENP wurden von den Wassermassen beeinträchtigt. Das Netz befand sich dabei jederzeit in einem sicheren Zustand und auch die Versorgung war sichergestellt. Ein Leitungsabschnitt musste nach einem Hangrutsch am Rande einer Kiesgrube, wodurch die Leitung freigespült wurde, bis Dezember 2021 temporär gesperrt werden. Die

Transportkapazitäten konnten u.a. durch das Leitungssystem der ZEELINK kompensiert werden. Fortan wurden Instandsetzungsarbeiten der betroffenen Anlagen und Wiederherstellungen der Leitungstrassen durchgeführt.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Im Geschäftsjahr gab es durch COVID-19 keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Die Gesellschaft verfolgt laufend die aktuellen Entwicklungen. OGE hat als Betreiber kritischer Infrastruktur entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen, um den Betrieb und somit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren der OGE sind

- die Gesamtleistung (berechnet als Summe der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Posten „Umsatzerlöse“, „Bestandsveränderungen“, „Andere aktivierte Eigenleistungen“ sowie „Sonstige betriebliche Erträge“,
- die Investitionen in das Anlagevermögen und
- der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung.

Der bedeutsamste nichtfinanzielle Leistungsindikator der OGE ist

- die Anzahl der arbeitsbedingten Unfälle, gemessen am TRIFcomb⁴.

2.3.1. Ertragslage

Das Transportgeschäft blieb im Jahr 2021 weitgehend unberührt von der Corona-Pandemie. Die Kapazitätsnachfrage bewegte sich im erwarteten Bereich. Durch Aufteilung in kleinere Teams, entsprechende Vorkehrungen für den Gesundheitsschutz und Beschränkung persönlicher Kontakte auf das Mindestmaß konnte der Gastransport uneingeschränkt aufrechterhalten werden und auch die geplanten Wartungs- und Investitionsmaßnahmen weitgehend nach Plan umgesetzt werden.

Zum 1. Januar 2021 hat OGE die einheitlichen Transportentgelte für die Einspeisung (Entry) und Ausspeisung (Exit) angepasst. Gegenüber dem Vorjahr ergaben sich rund 7,4 % niedrigere Entgelte für die Ein- und Ausspeisung im Marktgebiet NCG und rund 1,2 % niedrigere Entgelte im Marktgebiet GASPOOL. Anders als in den Vorjahren haben die Netzentgelte nur vom 1. Januar 2021 bis 30. September 2021 Anwendung gefunden. Seit dem 1. Oktober 2021 gelten auf Basis der Festlegung REGENT der Bundesnetzagentur einheitliche Entgelte für das neue gemeinsame Marktgebiet THE. Es ergaben sich mit dem neuen Marktgebiet THE ein rund 1 % höheres Entgelt im Vergleich zum NCG-Marktgebiet sowie ein rund 14 % höheres Entgelt im Vergleich zum Marktgebiet GASPOOL für die Buchung von festen frei zuordenbaren Ein- und Ausspeisekapazitäten.

⁴ Summe aller arbeitsbedingten Unfälle (Arbeits- und Dienstwegeunfälle) von eigenen Mitarbeitern und Fremdfirmenmitarbeitern mit ärztlicher Behandlung und/oder Ausfallzeit, bezogen auf eine Million geleistete Arbeitsstunden.

Insgesamt verzeichnete OGE im Geschäftsjahr 2021 einen Anstieg der Gesamtleistung um 5,1 % auf 1.222,4 Mio. € (Vorjahr: 1.162,7 Mio. €). Die Umsatzerlöse stiegen, stärker als im Vorjahr prognostiziert, um 12,6 % auf 1.212,3 Mio. € (Vorjahr: 1.076,3 Mio. €). Der Gesamtbetrag umfasst dabei Umsätze aus dem Gastransportgeschäft sowie aus dem Dienstleistungsgeschäft. Die Umsätze aus dem Gastransportgeschäft betragen im Geschäftsjahr 2021 947,4 Mio. € (Vorjahr: 905,8 Mio. €).

Die Umsätze aus dem Gastransport lagen um 13,4 Mio. € über der nach § 4 ARegV erwarteten zulässigen Erlösobergrenze. Die Mehrerlöse beruhen im Wesentlichen darauf, dass zum Zeitpunkt der Entgeltbildung (Mai 2020) die Rückflüsse aus Investitionsmaßnahmen noch höher antizipiert wurden. Tatsächlich fließen - insbesondere aufgrund gesunkener Zinssätze an den Kapitalmärkten - geringere Rückflüsse aus Investitionsmaßnahmen in die Erlösobergrenze ein. Die zulässige Erlösobergrenze ist somit im Vergleich zur geplanten Erlösobergrenze gesunken. Die daraus resultierenden Mehrerlöse wurden mit Bildung einer Rückstellung zum Bilanzstichtag berücksichtigt und werden gemäß dem ARegV-Mechanismus in den Jahren 2024 bis 2026 bei der jeweiligen Entgeltermittlung mindernd berücksichtigt.

Die Umsätze im Dienstleistungsgeschäft inklusive Bestandveränderungen lagen bei 212,7 Mio. € und damit, besser als erwartet, auf dem Niveau des Vorjahres (212,0 Mio. €).

Der Materialaufwand erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr leicht um insgesamt rund 17,4 Mio. €. Der Anstieg ist insbesondere auf die gestiegenen Preise für die Antriebsenergie Gas zurückzuführen.

Das Beteiligungsergebnis reduzierte sich im Vorjahresvergleich um 2,3 Mio. € und lag damit erwartungsgemäß leicht unter dem Niveau des Vorjahres.

Erwartungsgemäß lagen die Zinsaufwendungen mit 38,8 Mio. € deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (63,2 Mio. €). Der Rückgang resultiert überwiegend aus der Bewertung von Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen.

Das Ergebnis vor Steuern der OGE erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 51,1 Mio. € auf 272,4 Mio. €, was im Wesentlichen auf die zuvor genannten Entwicklungen in den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung zurückzuführen ist. Der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung belief sich auf 203,2 Mio. € und lag im Geschäftsjahr 2021 entsprechend den Erwartungen merklich oberhalb des Wertes des Vorjahres (126,7 Mio. €). Im Geschäftsjahr wurden keine Gewinnrücklagen der Gesellschaft aufgelöst (Vorjahr: 30,0 Mio. €). Insgesamt konnten dadurch 203,2 Mio. € (Vorjahr: 156,7 Mio. €) Ergebnis an die einzige Gesellschafterin Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen, abgeführt werden.

2.3.2. Finanzlage

OGE ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der VGT. Seit dem 1. Januar 2013 besteht mit VGT ein Ergebnisabführungsvertrag, in dem sich OGE verpflichtet, ihren gesamten Gewinn an VGT abzuführen bzw. VGT sich verpflichtet, etwaige Verluste bei OGE auszugleichen. Der Vertrag wurde auf die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern er nicht gekündigt wird. Demnach verlängerte sich der Vertrag zuletzt zum 31. Dezember 2021 um ein weiteres Jahr. Zwischen VGT und OGE besteht zudem seit dem 1. Januar 2013 eine körperschaft- und gewerbsteuerliche Organschaft mit VGT als Organträgerin und OGE als Organgesellschaft. OGE und VGT haben einen

Ertragsteuerumlagenvertrag abgeschlossen mit dem Ziel, die wirtschaftlich bei OGE entstandenen Ertragsteuern auf OGE umzulegen. Durch die Ertragsteuerumlagen wird so bei OGE eine Ertragsteuerbelastung ausgewiesen, die ohne steuerliche Organschaft zur VGT bei OGE entstanden wäre.

Weiterhin besteht eine durch VGT abgeschlossene Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. € bis 2024. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen.

Innerhalb dieser Kreditlinie existieren drei Nebenkreditlinien in Höhe von 20,0 Mio. €, 10,0 Mio. € und 1,5 Mio. €, wobei erstere als Kontokorrentlinie für den Cashpool der OGE und die zweite als Kontokorrentlinie für die VGT dient. Die dritte Nebenkreditlinie ist für Avale (z. B. Bürgschaften) reserviert und wurde zum Stichtag 31. Dezember 2021 durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,2 Mio. € in Anspruch genommen.

Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2021 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € in Anspruch genommen.

Zur Deckung ihrer Verpflichtungen aus Pensionsansprüchen nutzt OGE ein Contractual Trust Agreement (CTA). Die Verwaltung des in diesem Zusammenhang aufgesetzten Treuhandfonds erfolgt treuhänderisch durch den Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main. Das Planvermögen bei der Helaba ist mit den entsprechenden Pensionsverpflichtungen in der Bilanz saldiert ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2021 erfolgte eine Nachdotierung durch Einzahlung in das Planvermögen für die betriebliche Altersvorsorge in Höhe von 29,0 Mio. € sowie für Langzeitkonten in Höhe von 5,5 Mio. €.

Zum Bilanzstichtag überschritten die Mittel des Fonds die bei OGE gebildeten Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen um 2,2 Mio. € sowie für Langzeitkonten um 0,3 Mio. €. Die Deckungsquote für Pensionsverpflichtungen liegt bei 100,4 % und für die Langzeitkonten bei 100,5 %.

Die liquiden Mittel beliefen sich zum 31. Dezember 2021 auf 67,9 Mio. € und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 14,8 Mio. € erhöht. Aus der laufenden Geschäftstätigkeit erwirtschaftete OGE im Geschäftsjahr 2021 einen operativen Cashflow in Höhe von 292,0 Mio. € (Vorjahr: 294,8 Mio. €). Der Cashflow aus Investitionstätigkeit belief sich auf -189,4 Mio. € (Vorjahr: -292,4 Mio. €) und beinhaltet neben den Auszahlungen für Investitionen auch erhaltene Beteiligungserträge in Höhe von 23,4 Mio. € (Vorjahr: 89,7 Mio. €). Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit belief sich auf -87,8 Mio. € (Vorjahr: -97,4 Mio. €). Dieser entfiel im Wesentlichen auf Cashpoolvereinbarungen mit Tochtergesellschaften in Höhe von 50,0 Mio. € sowie dem gegenüberstehend einem Mittelabfluss aus der Ergebnisabführung an VGT in Höhe von -145,0 Mio. €. Der Cashflow lag damit, wie prognostiziert, insgesamt deutlich über dem Niveau des Vorjahres.

2.3.3. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der OGE betrug zum Stichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 3.075,3 Mio. € (Vorjahr: 2.974,8 Mio. €). Daraus abgeleitet ergibt sich eine handelsbilanzielle Eigenkapitalquote von 74,3 % (Vorjahr: 76,8 %). Das Fremdkapital entfällt mit 71,9 % (Vorjahr: 72,5 %) auf Rückstellungen, mit 27,6 % (Vorjahr: 26,7 %) auf Verbindlichkeiten sowie mit 0,5 % (Vorjahr: 0,8 %) auf Rechnungsabgrenzungsposten.

Vom gesamten Vermögen der OGE entfielen zum Bilanzstichtag 2.757,1 Mio. € (Vorjahr: 2.693,0 Mio. €) und somit 89,7 % (Vorjahr: 90,5 %) auf das Anlagevermögen.

OGE tätigte im Geschäftsjahr 2021 mit 238,9 Mio. € (Vorjahr: 355,7 Mio. €) erwartungsgemäß erneut hohe Investitionen in das Anlagevermögen. Davon betrafen 26,4 Mio. € den Ausbau und die Modernisierung von Verdichterstationen (Vorjahr: 41,3 Mio. €). Auf den Neubau einer Maschineneinheit in Werne entfielen davon 6,9 Mio. € und auf den Neubau einer Maschineneinheit in Krummhörn 4,4 Mio. €. In den Ausbau und die Modernisierung von Leitungen investierte OGE 80,1 Mio. € (Vorjahr 72,5 Mio. €). Hierin enthalten sind unter anderem der Neubau einer Verbindungsleitung zwischen Erftstadt und Euskirchen mit 17,8 Mio. € und mit 6,1 Mio. € die Neuverlegung des Leitungsabschnittes Gelsenkirchen - Heßler. Auf sonstige Investitionen entfielen 51,7 Mio. € (Vorjahr: 76,9 Mio. €). Hierzu zählen unter anderem Investitionen im Bereich Mess- und Regelanlagen mit 29,1 Mio. € und Maßnahmen im Bereich der Informationstechnik mit insgesamt 12,4 Mio. €.

Auf Investitionen aus Verpflichtungen des Netzentwicklungsplans entfielen in Summe 57,1 Mio. € (Vorjahr: 82,8 Mio. €).

Auf Finanzinvestitionen entfielen 80,7 Mio. €. Die Zugänge bei den Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen Kapitalzuführungen zu ZEELINK (63,0 Mio. €) sowie NETG (17,1 Mio. €) welche zur Finanzierung von Investitionen in diesen Gesellschaften vorgenommen wurden.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung – wie im Vorjahr prognostiziert – für das Geschäftsjahr eine stabile und gesicherte Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.4 Darstellung der Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG

OGE erwirtschaftet den überwiegenden Teil ihrer Umsätze und Erträge innerhalb des Gassektors, speziell im Bereich von Gasfernleitungen. Die Tätigkeiten in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen die Vermarktung von Transportkapazitäten sowie die damit zusammenhängenden Kosten für Planung, Bau, Betrieb, Steuerung und Instandhaltung des Gasfernleitungsnetzes.

Die Sparte „Gasfernleitung“ erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 962,8 Mio. € (Vorjahr: 917,7 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 108,7 Mio. € (Vorjahr: 53,0 Mio. €).

In der Sparte „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ werden die Geschäftsaktivitäten „Netzsteuerung für andere Netzinfrastrukturbetreiber“ dargestellt. Diese Sparte erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 7,5 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 1,7 Mio. € (Vorjahr: 1,1 Mio. €).

Gemäß der Geschäftsstruktur der OGE werden in der Sparte „Tätigkeiten außerhalb des Gassektors“ im Wesentlichen Beteiligungen, technische und Ingenieurdienstleistungen sowie kaufmännische und IT-Dienstleistungen als Aktivitäten subsummiert. Diese Sparte erwirtschaftete im abgelaufenen Geschäftsjahr bei Umsätzen von 242,0 Mio. € (Vorjahr: 151,1 Mio. €) und einem Beteiligungsergebnis von 86,6 Mio. € (Vorjahr: 88,9 Mio. €) ein Ergebnis nach Steuern von 93,5 Mio. € (Vorjahr: 73,1 Mio. €).

3. Umwelt- und Arbeitnehmerbelange

3.1 Umweltschutz

Im Oktober 2021 hat OGE externe Überwachungsaudits erfolgreich absolviert und damit die Aufrechterhaltung der bestehenden Zertifizierungen des integrierten Managementsystems nach DIN EN ISO 9001 (Qualitätsmanagement), DIN EN ISO 14001 (Umweltmanagement) und DIN ISO 45001 (Arbeitsschutzmanagement) und DIN EN ISO 50001 (Energiemanagement) erreicht. Die Bestätigung zum Technischen Sicherheitsmanagement (TSM) gemäß DVGW G1000 wurde außerdem erfolgreich erneuert.

Umweltschutz hat bei OGE einen sehr hohen Stellenwert. Umweltereignisse, die wesentlichen monetären Einfluss auf die OGE hatten, waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen. Bei Baumaßnahmen sowie bei laufendem Betrieb des Leitungsnetzes werden die entsprechenden Umweltschutzauflagen berücksichtigt und eingehalten.

Die Verdichterstationen unterliegen dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz (TEHG) und den zugehörigen Verordnungen. Alle daraus resultierenden Pflichten wie die Anpassung von Überwachungsplänen, die Neuberechnung und Anzeige von geänderten Kapazitäten und die Berichterstattung zu Änderungen im Betrieb aufgrund von Umbaumaßnahmen sowie die jährliche Berichterstattung der Emissionen sind routinemäßig erfüllt worden. Die Abgabe der Zertifikate für 2020 via EU-Register erfolgte im April 2021. Als Teil der gesellschaftlichen Verantwortung ergreift OGE seit langem verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung von Methanemissionen. OGE hat im Rahmen des United Nations Environment Programms (UNEP) seinen Beitritt zur Oil and Gas Methan Partnership (OGMP) erklärt. Damit verpflichtet sich OGE, entsprechend den dort mit der EU in Einklang befindlichen Methan-Minderungsmaßnahmen zu agieren. Gemäß dem von OGMP aufgesetzten IMEO-Report zu Berichterstattung und Monitoring der Methanemissionen der Gaswirtschaft hat OGE in 2021 rückwirkend für das Berichtsjahr 2020 alle Anforderungen erfüllt und den sogenannten Goldstandard erreicht. OGE hat sich das Ziel gesetzt, die Methanemissionen bis 2025 im Vergleich zu 2009 um 55 % zu reduzieren. Die Maßnahmen zur Emissionsminderung wurden definiert und deren Umsetzung läuft planmäßig.

Zur Reduzierung von Methanemissionen stehen bisher insgesamt drei mobile Verdichter zum Umpumpen von Gas bei Maßnahmen im Leitungsnetz zur Verfügung. Um weitere Reduktionspotenziale zu erschließen, wurden im Berichtsjahr zusätzlich zur bereits vorhandenen Fackelanlage zwei weitere mobile Fackeln in Betrieb genommen. Darüber hinaus wurde der Planungsprozess betrieblicher Entspannungsvorgänge weiterentwickelt und zur Vermeidung von Methanemissionen optimiert. Die mobilen Anlagen leisten einen signifikanten Beitrag zur Reduktion der Methanemissionen, sowohl im eigenen als auch in fremden Netzen.

OGE arbeitet außerdem daran, Verfahren weiterzuentwickeln, die für den Anlagen- und Leitungsbau und den sicheren Betrieb des Leitungsnetzes erforderlich sind. Insbesondere beschäftigt sich OGE im Rahmen der Herausforderungen der Energiewende mit der intelligenten Kopplung der Infrastrukturen Strom und Gas und dem Transport von Wasserstoff. Im Geschäftsjahr hat die OGE, gemeinsam mit verschiedensten Partnern an innovativen Wasserstoff-Konzepten und -Lösungen weiter geforscht und entwickelt und treibt verschiedene Projekte voran. Die Untersuchung der Tauglichkeit der bestehenden Assets für den

Wasserstofftransport hat gezeigt, dass eine Beimischung von 2 % Wasserstoff im OGE-Netz möglich ist. Die erforderlichen Anpassungen an Leitungen und Anlagen für höhere Beimischungsquoten wurden konkret identifiziert. Demnach ist auch die Umstellung von bestehenden Erdgasleitungen auf 100 % Wasserstofftransport unter Berücksichtigung von gemeinsam mit dem TÜV identifizierten Maßnahmen grundsätzlich möglich.

3.2 Mitarbeiter

Ende 2021 waren bei OGE 1.507 Mitarbeiter beschäftigt (exklusive Geschäftsführung und Auszubildende). Der gesamte Personalaufwand im Geschäftsjahr belief sich auf 187,0 Mio. € (Vorjahr: 176,9 Mio. €).

OGE bildet an acht Standorten in Nordrhein-Westfalen (Essen und Ummeln), Niedersachsen (Krummhörn), Bayern (Rimpar, Waidhaus und Wildenranna), Hessen (Gernsheim) und Rheinland-Pfalz (Mittelbrunn) den technischen und kaufmännischen Fachkräftenachwuchs aus. Seit 2016 stellt OGE auch immer wieder zusätzliche technische Ausbildungsplätze für Flüchtlinge zur Verfügung.

OGE verfolgt das Ziel, die Anzahl der Unfälle und sonstige gesundheitliche Beeinträchtigungen beim eigenen Personal und bei Partnerfirmen kontinuierlich zu reduzieren sowie Arbeitsergonomie und Gesundheitsschutz weiter zu verbessern. Im Geschäftsjahr 2021 wurden die entsprechenden Ziele erreicht. Die Anzahl der arbeitsbedingten Unfälle, gemessen am TRIFcomb⁵, ist im langjährigen Mittel und unter Berücksichtigung des Anteils von Tätigkeiten mit erhöhter Gefährdung (Bautätigkeiten) weiter abnehmend. Dieser Indikator sank deutlich gegenüber dem Vorjahr auf 3,7 (Vorjahr: 4,7). Durch die externen Auditoren des Arbeits- und Gesundheitsschutzmanagementsystems wurde erneut eine positive Entwicklung der Sicherheitskultur festgestellt. Aktivitäten zum HSE-Fremdfirmenmanagement wurden insbesondere in den großen Neubauprojekten intensiviert und für die Verbesserung der Sicherheitskultur wurde das Weiterbildungsprogramm Risk Factor von OGE-Mitarbeitern aus dem technischen Ressort absolviert.

4. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289f Abs. 4 HGB⁶

Aufgrund des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hatte OGE als mitbestimmtes Unternehmen mit in der Regel mehr als 500 Mitarbeitern im Jahr 2017 die Zielgrößen für den Frauenanteil im Aufsichtsrat, in der Geschäftsführung sowie in den beiden oberen Management-Ebenen festgelegt, die bis zum 31. Dezember 2021 erreicht werden sollten.

Für den Aufsichtsrat hatte sich OGE einen Frauenanteil von 17 % zum Ziel gesetzt. Allerdings führte sowohl die Wahl der Arbeitnehmervertreter im Jahr 2021 zu keiner personellen Veränderung als auch die Neubesetzung auf Seiten der Arbeitgebervertreter, die zum größten Teil aus internationalen Anteilseignern

⁵ Summe aller arbeitsbedingten Unfälle (Arbeits- und Dienstwegeunfälle) von eigenen Mitarbeitern und Fremdfirmenmitarbeitern mit ärztlicher Behandlung und/oder Ausfallzeit, bezogen auf eine Million geleistete Arbeitsstunden.

⁶ Der Inhalt und Gegenstand des Kapitels war gemäß § 317 Abs. 2 HGB nicht Bestandteil der Prüfung durch den Abschlussprüfer.

bestehen, führte nicht zu einer Veränderung des Frauenanteils. Somit gehörte dem Aufsichtsrat zum 31. Dezember 2021 keine Frau an und das Ziel konnte nicht erreicht werden.

Die Zielgröße für die Geschäftsführung in Höhe von 25 % wurde 2017 auf Basis eines vierköpfigen Gremiums festgelegt. Allerdings wurde Mitte 2019 entschieden, die Position des Geschäftsführers Business Services nach dessen altersbedingtem Ausscheiden zum 31. März 2020 nicht nachzubesetzen. Diese Reduzierung des Gremiums verbunden mit rechtlichen Aspekten wie Vertragslaufzeiten führte dazu, dass die Zielgröße nicht erreicht werden konnte.

Das Ziel auf Bereichsebene wurde erreicht: Zum 31. Dezember 2021 betrug dort der Anteil weiblicher Führungskräfte 8 %.

Auf Abteilungsebene konnte zwar der Anteil weiblicher Führungskräfte innerhalb der gesetzten Frist deutlich gesteigert werden, liegt aber mit rund 12 % unter der Zielgröße von 15 %. Während sich die absolute Zahl weiblicher Abteilungsleiter bis zum 31. Dezember 2021 im geplanten Umfang erhöht hat, haben jedoch Umorganisationen im gleichen Zeitraum dazu geführt, dass die Gesamtzahl der Abteilungen gestiegen ist.

Die neuen Ziele für die Jahre 2022 bis 2026 werden im Jahr 2022 festgelegt.

OGE setzt weiterhin neben externen Rekrutierungen auf geeignete Förder- und Entwicklungsmaßnahmen, um die Zahl weiblicher Führungskräfte zu erhöhen, und wird diese zukünftig noch verstärken. Flankiert werden diese Maßnahmen durch vielfältige Unterstützungsangebote hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Darüber hinaus unterstützt das Unternehmen das eigeninitiativ gegründete Frauennetzwerk women@OGE.

5. Chancen-, Risiko- und Prognosebericht

5.1 Chancen- und Risikobericht

OGE ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die mit ihrer unternehmerischen Tätigkeit verbunden sind. Entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) hat das unternehmensinterne Risikomanagementsystem das Ziel, bestandsgefährdende Risiken durch ein Steuerungs- und Kontrollsystem zu identifizieren, zu erfassen und falls notwendig Gegensteuerungsmaßnahmen zu ergreifen.

Grundlage für das Risikomanagement ist die konzernweite verbindliche Chancen- und Risiken-Richtlinie. Die Risikoberichterstattung ist in das interne Kontrollsystem integriert. Somit sind die kontinuierliche Identifikation und Bewertung bedeutsamer Chancen und Risiken gewährleistet.

5.1.1. Darstellung des Chancen- und Risikomanagementprozesses

Die Chancen- und Risikolage des Unternehmens wird quartalsweise in Form eines standardisierten Prozesses erhoben und dokumentiert. Die Geschäftsleitung und der Aufsichtsrat werden im Rahmen dieses

Prozesses regelmäßig informiert. Ziel ist es, wesentliche Chancen und Risiken frühzeitig zu erkennen und – sofern möglich und notwendig – Sicherungsmaßnahmen einzuleiten.

Als Risiko bzw. Chance ist ein Ereignis definiert, das zu einer Abweichung gegenüber der Mittelfristplanung führt. Diese deckt einen Zeitraum von 5 Jahren ab.

Risiken werden hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und möglicher Nettoauswirkung (d.h. maximale Auswirkung des Ereignisses auf das Ergebnis vor Steuern und/oder der Liquidität) bewertet und grundsätzlich über den 5-Jahreszeitraum kumuliert an die Geschäftsführung berichtet. Die Meldeschwelle liegt im Einzelfall bei einer Nettoauswirkung von 10,0 Mio. € kumuliert über den 5-Jahreszeitraum. Die Nettoauswirkung ist definiert als Wert des Risikos nach Berücksichtigung von Sicherungsmaßnahmen im Fall eines Risikoeintritts („worst-case“). Risiken mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit größer 50 % sind grundsätzlich in der Mittelfristplanung enthalten. Darüber hinaus werden mögliche Chancen ebenfalls erfasst.

Als bedeutsam gelten Risiken ab einer Größenordnung von 100,0 Mio. € im genannten Zeitraum. Risiken dieser Größenordnung werden dem Aufsichtsrat berichtet.

5.1.2. Bedeutsame Risiken

Die bedeutsamen Risiken erfahren eine Einordnung nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Nettoauswirkung entsprechend der folgenden Darstellung:

Eintrittswahrscheinlichkeit in %	niedrig	≤ 5
	moderat	> 5 ≤ 20
	hoch	> 20
Nettoauswirkung in Mio. € kumuliert über 5 Jahre	gering	≥ 100 ≤ 200
	mittel	> 200 ≤ 300
	hoch	> 300

Regulierungsrahmen: Die Risikolage der OGE ist wesentlich durch das regulatorische Umfeld geprägt. Als reguliertes Unternehmen sind Ertragslage und Ertragsaussichten der OGE unmittelbar von Entscheidungen der Regulierungsbehörden abhängig. Wesentliche Parameter des regulierten Umsatzes sind die Kostenanerkennung, die Eigenkapitalverzinsung, der allgemeine sektorale Produktivitätsfaktor sowie der unternehmensspezifische Effizienzwert. Entscheidungen der Behörden wirken entsprechend auf Umsatz-, Ertrags- sowie Liquiditätslage.

Eintrittswahrscheinlichkeit: moderat

Nettoauswirkung: hoch

Technische Anlagen und Standortbedingungen: Im Zeitablauf verändern sich lokale Standortgegebenheiten (z. B. veränderte Bodenbeschaffenheit durch Erosion). In der Folge können Maßnahmen zur Wiederherstellung der ursprünglichen Gegebenheiten erforderlich werden.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung der Einzelrisiken: gering

Investitionserfordernisse: Aufgrund der hohen Anlagenintensität des OGE-Geschäftes können zusätzliche Investitionserfordernisse mittelfristig zu erheblichen zusätzlichen Finanzierungsbedarfen führen. Vor dem Hintergrund der Regulierung stehen diesen zusätzlichen Investitionen allerdings auch regelmäßig Chancen aus zusätzlichen Transportumsätzen gegenüber.

Marktbedingte Preisentwicklungen, zusätzlich erforderliche Maßnahmen während der Projektentwicklung sowie Änderungen des Netzentwicklungsplans oder gesetzlicher Vorgaben (z.B. Emissionsgesetzgebung) können höhere Investitionsvolumina zur Folge haben. Aufgrund der globalen Preisvolatilität besteht eine höhere Eintrittswahrscheinlichkeit für zusätzlichen Investitionsbedarf.

Eintrittswahrscheinlichkeit: hoch

Nettoauswirkung: hoch

Umwelt Ereignisse: Durch externe Einflüsse wie z. B. Naturkatastrophen können bedeutsame Anlagen (z. B. Verdichterstationen) ganz oder teilweise zerstört werden, was zu einer zeitweisen Unterbrechung bis hin zu lokalem Ausfall des Gastransportes führen kann. Neben zeitlich begrenzten Ergebnisausfällen kann ein erforderlicher Neuaufbau zusätzlichen Finanzierungsbedarf begründen.

Eintrittswahrscheinlichkeit: niedrig

Nettoauswirkung: gering

5.1.3. Weitere Risiken

Informationstechnik:

OGE bedient sich zum Betrieb und zur Steuerung des Leitungsnetzes komplexer Informationstechnologie (IT). Es bestehen zunehmend Risiken aus Cyberangriffen, die grundsätzlich zu einem Ausfall von Teilen der IT-Systeme mit der Folge vorübergehender Beeinträchtigungen der Geschäftstätigkeit führen könnten. Neben dem Ausfall durch vorsätzliche, unbefugte Modifikation (externer Zugriff) besteht grundsätzlich auch die Möglichkeit der Beeinträchtigung der Funktionalität durch Fehler im Betrieb oder in Hard- und Softwarekomponenten. Hierdurch könnten sowohl Vermarktungssysteme als auch Systeme für die Netzsteuerung betroffen sein.

Integritätsverletzungen können sowohl die Vermarktungs- als auch die Netzsteuerungssysteme betreffen. Durch Systemfehler oder Systemversagen kann eine ordnungsgemäße Abwicklung der Netzsteuerung oder Transportkapazitätsvermarktung nicht mehr gewährleistet sein. Dies kann zu Schadensersatzansprüchen von Transportkunden führen.

OGE sichert diese Risiken durch Redundanzkonzepte sowie umfangreiche Qualitätssicherungs- und Zugriffsschutzsysteme ab. OGE ist nach dem für alle Netzbetreiber verpflichtenden IT-Sicherheitskatalog der BNetzA zertifiziert. Die Anforderungen der Gesetzgebung werden erfüllt. Auswirkungen, die mögliche Ansprüche Dritter begründen, sind adäquat durch Versicherungen abgedeckt. Über die Anforderungen der Zertifizierung hinaus verprobt OGE die Bedrohung durch Risiken im IT-Umfeld von Zeit zu Zeit mit externen Beratern.

Transportabwicklung:

Zur Sicherstellung der fehlerfreien operativen Abwicklung des Transportgeschäftes setzt OGE hohe

Qualitätsstandards und ausgeprägte Qualitätssicherungskonzepte ein. Dennoch lassen sich Fehler und daraus abgeleitete etwaige Schadensersatzansprüche von Kunden nicht zu 100 % ausschließen.

Die Mehrheit der Umsätze aus der Vermarktung von Transportkapazitäten erwirtschaftet OGE mit einer geringen Anzahl von großen Kunden. Kündigungen von langfristigen Kapazitätsbuchungen führen aufgrund der Regulierungskontosystematik nur temporär zu Umsatzrückgängen. Entstehende Mindererlöse im Vergleich zur genehmigten Erlösobergrenze werden im sog. Regulierungskonto erfasst, verzinst und entsprechend über eine Anpassung der kalenderjährlichen Erlösobergrenze in zukünftigen Geschäftsjahren ausgeglichen. Ein nachhaltiges Risiko aus Nachfrageschwankungen besteht daher nicht. Das Liquiditätsrisiko wird zudem durch die bestehende Konsortialkreditlinie minimiert.

Sicherungsgeschäfte:

Währungsänderungsrisiken aus Beschaffungsgeschäften werden bei OGE grundsätzlich durch Einsatz von Devisentermin- und -kassageschäften abgesichert. Darüber hinaus setzt die Gesellschaft keine derivativen Finanzinstrumente ein. Im Geschäftsjahr sind keine Devisentermin- oder Kassageschäfte durchgeführt worden.

5.1.4. Chancen

Chancen ergeben sich im Wesentlichen im Falle zusätzlicher Effizienzsteigerungen gegenüber der genehmigten Erlösobergrenze. Diese haben jedoch aufgrund des regulatorischen Rahmens nur temporären Charakter.

Darüber hinaus können sich aus einer möglichen Änderung des regulatorischen Rahmens weitere Chancen und Risiken für OGE ergeben.

Korrespondierend zum Risiko höherer Ausbaupflichtungen aufgrund eines veränderten Netzentwicklungsplans besteht die Chance erhöhter Rückflüsse aus zusätzlichen Investitionen.

Zusammenfassend sieht die Geschäftsführung – wie im Vorjahr – zum Abschlussstichtag und für den Prognosezeitraum keine bestandsgefährdenden Risiken und erachtet die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft als voll gegeben.

5.2 Prognosebericht

Der Prognosebericht enthält keine negativen Auswirkungen aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine. Die Geschäftsführung verfolgt fortlaufend die Entwicklung des Krieges in der Ukraine sowie die sich daraus ergebenden Folgen auf die Versorgungssicherheit und für die Energiewirtschaft. OGE ist zur Versorgungssicherheit im Lichte der Entwicklungen in Russland und in der Ukraine im ständigen Austausch mit den anderen deutschen und europäischen Netzbetreibern und den zuständigen Behörden. Mögliche Versorgungsengpässe können gemeinsam schnell erkannt und notwendige Maßnahmen können auf der Transportebene umgehend abgestimmt und eingeleitet werden.

Die Versorgungssituation in Europa hängt davon ab, dass weiterhin hohe LNG-Mengen in die EU geliefert und generell alle Importrouten ausgelastet werden. Im Fall des vollständigen Ausfalls von russischen

Importen können nach Analyse der zuständigen Behörden regional in Europa einzelne Engpässe nicht ausgeschlossen werden. Die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber arbeiten jedoch gemeinsam mit ihren europäischen Partnern sowie den zuständigen Behörden daran, eine sichere Versorgungssituation zu gewährleisten.

Das deutsche Gasnetz ist grundsätzlich flexibel aufgebaut, an vielen Punkten in das europäische Verbundnetz eingebunden und kann Gasmengen über verschiedene Wege sicher zum Verbraucher transportieren. Die Transport-Kapazitäten sind langfristig so ausgelegt, dass die Verpflichtungen der Händler zur sicheren Versorgung ihrer Kunden erfüllt werden können. Ein Beispiel für die Flexibilität ist die Fahrweise in diesem Winter mit mehr Mengen aus Norwegen und den westlichen LNG-Terminals bei gleichzeitig reduzierten Mengen aus dem Osten.

Aufgrund des Geschäftsmodells eines regulierten Erdgasfernleitungsnetzbetreibers erwartet die Geschäftsführung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Im Zuge der Regulierung der Erlösobergrenze würden etwaige Auswirkungen auf die Erträge größtenteils vorübergehender Natur sein und über den Mechanismus des Regulierungskontos im Zeitverlauf wieder ausgeglichen werden. Die sich daraus ergebende Verschiebung von Liquiditätszuflüssen könnte bei Bedarf durch bestehende und bislang ungenutzte revolvingende Kreditlinien ausgeglichen werden. Un-einbringliche Forderungen im Falle einer Kundeninsolvenz wären ein verbleibendes Risiko, das nicht gemindert und nicht auf dem Regulierungskonto verbucht werden könnte. Das Risiko ist jedoch in seiner Auswirkung begrenzt, da davon auszugehen ist, dass entweder OGE oder der Kunde den zugrunde liegenden Vertrag kurzfristig kündigen würde.

Des Weiteren berücksichtigt der Prognosebericht für 2022 keine Auswirkungen, die sich durch COVID-19 ergeben. Dies beruht auf den Erfahrungen aus den beiden vergangenen Geschäftsjahren, in denen sich durch COVID-19 keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bei der OGE ergeben haben. OGE hat als Betreiber kritischer Infrastruktur entsprechende Vorsorgemaßnahmen getroffen, um den Betrieb und somit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Insgesamt rechnet die Geschäftsführung für das Jahr 2022 mit einer Gesamtleistung auf dem Niveau des Vorjahres.

Beim Jahresüberschuss vor Gewinnabführung erwartet die Geschäftsführung für das Jahr 2022 einen Wert merklich unter dem Niveau des Vorjahres. Im Wesentlichen führen die deutlich gestiegenen Aufwendungen für Antriebsenergie zu einer Ergebnisbelastung im Geschäftsjahr 2022. Sollten sich die Marktpreise für Erdgas auf dem aktuellen hohen Niveau festigen oder im Jahresverlauf weiter steigen, könnte dies im Vergleich zur aktuellen Prognose zu einer weiteren Ergebnisbelastung führen. Aufgrund der hohen Volatilität in Bezug auf Preise und Mengen lässt sich jedoch aktuell keine gesicherte Aussage treffen. Aufwendungen für Antriebsenergie sind regulatorisch als sog. "volatile Kosten" anerkannt und werden über den Regulierungskontomechanismus in den Entgelten zukünftiger Jahre aufgeholt, sodass eine solche Ergebnis- und Liquiditätsbelastung nur temporär wäre.

Die Investitionen in das Anlagevermögen basieren weiterhin weitgehend auf Maßnahmen des Netzentwicklungsplans, umfangreichen Ersatzinvestitionen sowie Eigenkapitalzuführungen in Leitungsgesellschaften, wenngleich sie in der Prognose deutlich unter dem Niveau des Berichtsjahres liegen.

Auf dem Gebiet der Arbeitssicherheit ist es das Ziel der Geschäftsführung, den bisherigen Trend niedriger Fallzahlen bei Arbeitsunfällen zu bestätigen und die Sicherheitskultur weiterzuentwickeln. Dazu wurden entsprechende Maßnahmen aufgesetzt bzw. weitergeführt.

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Bilanz zum 31. Dezember 2021

Aktiva	An- hang	31.12.2021 €	31.12.2020 €
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	(1)		
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		5.292.085,13	7.131.904,24
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		44.995.091,29	56.263.961,12
3. Geleistete Anzahlungen		7.148.017,64	3.396.470,66
		57.435.194,06	66.792.336,02
II. Sachanlagen	(2)		
1. Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		166.225.571,83	158.534.093,16
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.321.437.012,55	1.263.732.236,32
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		43.751.500,78	44.466.967,74
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		121.148.204,45	162.622.372,89
		1.652.562.289,61	1.629.355.670,11
III. Finanzanlagen	(3)		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		846.853.273,39	813.853.273,39
2. Beteiligungen		197.915.016,41	180.737.186,20
3. Sonstige Ausleihungen		2.352.009,33	2.304.229,10
		1.047.120.299,13	996.894.688,69
		2.757.117.782,80	2.693.042.694,82
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	(4)		
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		14.275.915,34	13.450.766,14
2. Unfertige Leistungen		58.878.279,24	111.014.471,39
3. Waren		50.187.710,30	12.069.650,05
4. Sonstige Vorräte		7.137.719,16	7.658.935,95
		130.479.624,04	144.193.823,53
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(5)		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		36.113.542,04	17.468.790,83
2. Forderungen gegen Gesellschafter		0,00	6.184.793,26
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		25.370.739,70	27.459.657,43
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		32.245.315,77	6.253.603,66
5. Sonstige Vermögensgegenstände		21.353.316,38	17.915.478,76
		115.082.913,89	75.282.323,94
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	(6)	67.879.611,55	53.087.734,48
		313.442.149,48	272.563.881,95
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.266.272,60	2.684.656,63
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	(7)	2.441.380,98	6.507.366,91
		3.075.267.585,86	2.974.798.600,31

Passiva	Anhang	31.12.2021	31.12.2020
		€	€
A. Eigenkapital	(8)		
I. Gezeichnetes Kapital		110.324.332,00	110.324.332,00
II. Kapitalrücklage		1.383.703.067,78	1.383.703.067,78
III. Gewinnrücklagen		791.520.579,61	791.520.579,61
		2.285.547.979,39	2.285.547.979,39
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		126.958,40	0,00
C. Rückstellungen	(9)		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		9.423.089,00	8.812.236,00
2. Steuerrückstellungen		8.008,14	1.935.989,92
3. Sonstige Rückstellungen		558.122.048,97	489.277.879,08
		567.553.146,11	500.026.105,00
D. Verbindlichkeiten	(10)		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		22.620.438,73	30.774.798,11
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		40.326.806,35	15.934.296,65
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		68.531.245,83	0,00
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		35.111.660,43	93.471.719,05
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		32.075.794,34	27.446.032,09
6. Sonstige Verbindlichkeiten		19.330.758,55	16.212.855,57
		217.996.704,23	183.839.701,47
E. Rechnungsabgrenzungsposten		4.042.797,73	5.384.814,45
		3.075.267.585,86	2.974.798.600,31

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	Anhang	2021 €	2020 €
1. Umsatzerlöse	(11)	1.212.264.108,71	1.076.300.771,73
2. Bestandsveränderungen		-52.136.192,15	41.535.568,35
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	(12)	21.731.555,27	22.718.283,29
Sonstige betriebliche Erträge			
4. - davon Erträge aus Währungsumrechnung: 20.120,73 € (Vj.: 4.163,45 €)	(13)	40.575.287,16	22.135.181,17
5. Materialaufwand	(14)		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		-79.233.531,56	-73.443.935,56
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-499.526.205,28	-487.931.917,10
		-578.759.736,84	-561.375.852,66
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter		-139.895.999,38	-138.719.429,21
soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			
b) - davon für Altersversorgung: 24.471.876,73 € (Vj.: 16.451.137,90 €)		-47.141.736,44	-38.172.959,97
		-187.037.735,82	-176.892.389,18
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(15)	-143.762.897,34	-132.205.289,55
Sonstige betriebliche Aufwendungen			
8. - davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung: 27.877,82 € (Vj.: 32.541,30 €)	(16)	-89.184.448,25	-96.811.120,99
Beteiligungsergebnis			
9. - davon aus verbundenen Unternehmen: 72.115.791,07 € (Vj.: 73.964.472,63 €)	(17)	86.631.866,47	88.888.587,80
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge			
10. - davon aus verbundenen Unternehmen: 120.227,56 € (Vj.: 77.638,10 €)	(18)	833.858,92	198.645,08
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
11. - davon Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen: 82.002.755,15 € (Vj.: 71.623.605,59 €)	(19)	-38.771.897,01	-63.223.660,21
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(20)	-68.549.961,42	-94.053.786,04
13. Ergebnis nach Steuern		203.833.807,70	127.214.938,79
14. Sonstige Steuern	(21)	-604.130,35	-489.500,10
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	(22)	-203.229.677,35	-156.725.438,69
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		0,00	-30.000.000,00
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen		0,00	30.000.000,00
18. Bilanzgewinn		0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Die Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen, wird beim Amtsgericht Essen unter der Handelsregisternummer HRB 17487 geführt.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 ff. des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der ergänzenden Bestimmungen für Kapitalgesellschaften (§§ 264 ff. HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) aufgestellt.

Die Gesellschaft erfüllt im Berichtsjahr die Größenmerkmale einer großen Kapitalgesellschaft i.S.d. § 267 Abs. 3 HGB in Verbindung mit § 267 Abs. 4 HGB.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) aufgestellt.

Die Vier Gas Transport GmbH (VGT), Essen, ist alleinige Gesellschafterin der OGE. Mit VGT ist mit Wirkung zum 1. Januar 2013 ein Ergebnisabführungsvertrag geschlossen worden. Ebenfalls besteht zwischen beiden Gesellschaften seit dem 1. Januar 2013 eine ertragsteuerliche Organschaft.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens i.S.d. § 266 HGB im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 ist im Anlagespiegel als Anlage zum Anhang dargestellt (§ 284 Abs. 3 HGB).

Die Immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen werden mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bewertet.

Die Bewertung der Herstellungskosten erfolgt zu den handelsrechtlichen Pflichtbestandteilen i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB zuzüglich allgemeiner Verwaltungskosten. Angemessene Aufwendungen i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, werden in die Herstellungskosten einbezogen.

Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen nach der linearen Abschreibungsmethode. Die zugrunde liegenden Nutzungsdauern orientieren sich an den steuerlichen AfA-Tabellen. Sofern den Gegenständen des Anlagevermögens am Abschlussstichtag ein voraussichtlich dauerhaft niedrigerer Wert beizulegen ist, wird dem durch außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB Rechnung getragen.

Die Nutzungsdauern betragen bei den erworbenen immateriellen Vermögensgegenständen 3 Jahre, bei den selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen zwischen 2 und 10 Jahren und bei Sachanlagen zwischen 5 und 50 Jahren.

Die Gesellschaft macht von dem Wahlrecht gemäß § 248 Abs. 2 Satz 1 HGB Gebrauch, selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens zu aktivieren. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen (Kapitalrücklage zzgl. Gewinnrücklage) kommt die Ausschüttungs- bzw. Abführungssperre des § 268 Abs. 8 HGB nicht zur Anwendung.

Die Gesellschaft macht vom Komponentenansatz im Sinne des IDW Rechnungslegungshinweises HFA 1.016 Gebrauch. Bei dieser Methode wird ein abnutzbarer Vermögensgegenstand des Sachanlagevermögens gedanklich in seine wesentlichen Komponenten unterschiedlicher wirtschaftlicher Nutzungsdauer zerlegt, um den Betrag der planmäßigen Periodenabschreibung des Vermögensgegenstands als Summe der auf seine einzelnen Komponenten entfallenden planmäßigen Periodenabschreibungen zu ermitteln. Der Komponentenansatz wird nur in den Fällen angewendet, in denen physisch separierbare Komponenten ausgetauscht werden, die in Relation zum gesamten Sachanlagevermögensgegenstand wesentlich sind. Die Ausgabe für den Ersatz einer Komponente wird nicht erfolgswirksam im Zeitpunkt der Ausgabe als Erhaltungsaufwand erfasst, sondern als nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten aktiviert und anschließend über die Nutzungsdauer der betreffenden Komponente abgeschrieben.

Aufgrund untergeordneter Bedeutung wird für geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten, die über 150 € (für ab dem 1. Januar 2018 angeschaffte Wirtschaftsgüter über 250 €) liegen und den Betrag

von 1.000 € nicht überschreiten, analog zu den steuerlichen Regelungen (§ 6 Abs. 2a EStG) ein Sammelposten gebildet und linear über fünf Jahre abgeschrieben.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Die Bewertung erfolgt bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen mit dem niedrigeren beizulegenden Wert.

Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen sonstigen Ausleihungen betreffen im Wesentlichen an Mitarbeiter gewährte, unverzinsliche Darlehen, die mit dem Barwert zum Bilanzstichtag angesetzt sind. Der Berechnung der Barwerte liegt ein restlaufzeitadäquater Zinssatz zugrunde.

Vorräte

Bei den Vorräten werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe grundsätzlich zu durchschnittlichen Anschaffungskosten gemäß § 240 Abs. 4 HGB bzw. niedrigeren Tageswerten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips gemäß § 253 Abs. 4 HGB bewertet. Für Bestandsrisiken infolge Lagerdauer und geminderter Verwendbarkeit werden ausreichende Abwertungen vorgenommen.

Die unfertigen Leistungen werden zu Herstellungskosten angesetzt. Die Herstellungskosten werden mit den handelsrechtlichen Pflichtbestandteilen zuzüglich allgemeiner Verwaltungskosten i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 2 HGB angesetzt. Angemessene Aufwendungen i.S.d. § 255 Abs. 2 Satz 3 HGB für soziale Einrichtungen des Betriebs, für freiwillige soziale Leistungen und für betriebliche Altersversorgung, die auf den Zeitraum der Herstellung entfallen, werden in die Herstellungskosten einbezogen.

Die unter den Waren ausgewiesenen Gasvorräte im Leitungsnetz werden zu Anschaffungskosten bewertet. Die Bewertung erfolgt grundsätzlich unter Anwendung der Lifo-Methode bei Beachtung des strengen Niederstwertprinzips.

Die unter den sonstigen Vorräten ausgewiesenen Emissionsrechte werden zu Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zu Nennwerten aktiviert und unter Berücksichtigung aller erkennbaren (Einzel-) Risiken bewertet. Bei der Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde neben Einzelwertberichtigungen das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung von 1,50 % von dem um die einzelwertberichtigten Forderungen reduzierten Nettoforderungsbestand berücksichtigt.

Soweit in Abschnitt III. nicht anderslautend angegeben, haben die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände der Gesellschaft lediglich eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr.

Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten sind zu Nennwerten erfasst.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

In diesem gesonderten Passivposten werden Zuwendungen der öffentlichen Hand, die als finanzielle Zuwendungen zu einer Investition des Anlagevermögens gewährt werden, abgebildet. Der Sonderposten wird analog zu den Abschreibungen aufgelöst.

Rückstellungen

Der Bewertung der Pensionsrückstellungen liegen die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck als biometrische Rechnungsgrundlagen zugrunde.

Abweichend von der grundsätzlich fristadäquaten Abzinsung der Rückstellungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB macht die Gesellschaft von dem Wahlrecht gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch. Hiernach werden die Pensions- und Deputatsrückstellungen bei einer angenommenen pauschalen Laufzeit von fünfzehn Jahren mit einem von der Bundesbank ermittelten Durchschnittszinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst.

Der Unterschiedsbetrag aus dem Wertansatz bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre und der vergangenen sieben Geschäftsjahre ist gemäß § 253 Abs. 6 HGB zu ermitteln und unterliegt grundsätzlich der Ausschüttungssperre.

Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen kommt die Ausschüttungssperre des § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB nicht zur Anwendung.

Die Pensions- und Deputatsrückstellungen werden unter Berücksichtigung des für Dezember 2021 veröffentlichten Durchschnittszinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 1,87 % p.a. nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens ("Projected Unit Credit Method") ermittelt, wobei neben der geschätzten Duration der begünstigten Mitarbeiter auch folgende dynamische Komponenten berücksichtigt wurden:

- Lohn- und Gehaltstrend: 2,50 % p.a.
- Rententrend: 2,00 % p.a.

Effekte, die sich aus der Änderung des Rechnungszinssatzes ergeben, werden im Zinsergebnis ausgewiesen.

Zur Insolvenzsicherung und Finanzierung der Ansprüche der Mitarbeiter aus Pensionen und Zeitwertkonten besteht zwischen OGE als Treugeberin und dem Helaba Pension Trust e. V. (Helaba), Frankfurt am Main, als Treuhänder ein doppelseitiges CTA Treuhandverhältnis.

Der Treuhänder hält und verwaltet das Treuhandvermögen für den Treugeber treuhänderisch und in vom Treuhandvermögen anderer Treugeber und dem Eigenvermögen des Treuhänders selbst getrennten Abrechnungsverbänden.

Das Treuhandvermögen erfüllt die Voraussetzungen, die § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB an Planvermögen stellt, da es dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen ist und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen dient. Das

Planvermögen ist gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB mit dem beizulegenden Zeitwert, der dem Marktwert entspricht, bilanziert und gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen für Pensionen und den Rückstellungen für Zeitwertkonten saldiert. Zugehörige Aufwendungen und Erträge aus der Abzinsung und aus dem zu verrechnenden Vermögen werden ebenfalls saldiert. Sollte sich bei der Saldierung der Rückstellungen mit dem jeweils zugehörigen Planvermögen ein Aktivüberhang ergeben, so wird dieser auf der Aktivseite unter dem Posten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ ausgewiesen.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dies beinhaltet auch eine Berücksichtigung künftiger Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 2 Sätze 4 und 5 HGB unter Zugrundelegung eines seitens der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Durchschnittszinssatzes (Euro-Raum) der letzten sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die Abzinsung der einzelnen Rückstellungen erfolgt unter Berücksichtigung der Restlaufzeit der jeweiligen Rückstellung zum Bilanzstichtag.

Zusammengefasste sonstige Rückstellungen von nicht unerheblicher Bedeutung sind entsprechend § 285 Nr. 12 HGB erläutert.

Erträge aus der Abzinsung der Rückstellungen sowie Aufwendungen aus der späteren Aufzinsung werden in der GuV nach § 277 Abs. 5 HGB unter den "Sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen" respektive den "Zinsen und ähnlichen Aufwendungen" erfasst und als „Davon-Vermerk“ ausgewiesen.

Rückstellungen für Verpflichtungen zur zukünftigen Entgeltabsenkung werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Hierfür werden die Verpflichtungen zunächst mit dem gemäß § 5 Abs. 2 ARegV anzuwendenden Zinssatz aufgezinst und anschließend unter Zugrundelegung eines seitens der Deutschen Bundesbank monatlich veröffentlichten, restlaufzeitspezifischen Durchschnittszinssatzes der letzten sieben Geschäftsjahre abgezinst. Bei der Bewertung der Rückstellungen werden Vorteile aus noch nicht realisierten künftigen Ansprüchen berücksichtigt, sofern diese zwingend bei Erfüllung der Verpflichtung realisiert werden.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind nach § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB zu ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Latente Steuern

Mit VGT als Organträgerin besteht seit dem 1. Januar 2013 eine steuerliche Organschaft. Somit fällt OGE als Organgesellschaft nicht in den Anwendungsbereich des § 285 Nr. 29 HGB, hat daher keine latenten Steuern gebildet und auch keine Angaben nach § 285 Nr. 30 HGB gemacht.

III. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Immaterielle Vermögensgegenstände

Die Zugänge bei den immateriellen Vermögensgegenständen enthalten im Wesentlichen Software in Höhe von 12,2 Mio. €.

Der Gesamtbetrag der Forschungs- und Entwicklungskosten i.S.d. § 285 Nr. 22 HGB beläuft sich im Geschäftsjahr auf 1,5 Mio. €. Davon entfallen 0,1 Mio. € auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(2) Sachanlagevermögen

Zum Stichtag beträgt der Buchwert der Sachanlagen 1.652,6 Mio. €. Die Zugänge zu den Sachanlagen in Höhe von 146,0 Mio. € verteilen sich wie folgt:

• Grundstücke und Bauten	2,48 %
• Technische Anlagen und Maschinen	45,25 %
• Übrige Sachanlagen und Anlagen im Bau	52,27 %
	100,00 %

Die Zugänge bei den technischen Anlagen und Maschinen resultieren im Wesentlichen aus dem Neubau einer Verbindungsleitung zwischen Erftstadt und Euskirchen (17,8 Mio. €), dem Neubau einer Maschineneinheit in Werne (6,9 Mio. €), der Neuverlegung des Leitungsabschnittes „Gelsenkirchen - Heßler“ (6,1 Mio. €) sowie der Umlegung einer Leitung in Maulbach (5,6 Mio. €).

(3) Finanzanlagen

Die Aufstellung des Anteilsbesitzes (§ 285 Nr. 11 HGB) ist beigefügt.

Die Zugänge bei den Finanzanlagen (81,1 Mio. €) betreffen mit 63,0 Mio. € Einlagen in die Zeelink GmbH & Co. KG (Zeelink), Essen, sowie mit 17,1 Mio. € Einlagen in die Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (NETG), Dortmund. Die Abgänge in Höhe von 30,9 Mio. € beinhalten im Wesentlichen Entnahmen aus der Kapitalrücklage der MEGAL Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG (MEGAL), Essen, in Höhe von 30,0 Mio. €. Die sonstigen Ausleihungen beinhalten im Wesentlichen zinslose Darlehen an Belegschaftsmitglieder.

(4) Vorräte

Die unter den Vorräten ausgewiesenen Posten betreffen unfertige Leistungen (58,9 Mio. €), Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (14,3 Mio. €), Waren (Gasvorräte im Leitungsnetz (50,2 Mio. €)) sowie Emissionsrechte (7,1 Mio. €).

Der Ansatz der Gasvorräte erfolgte unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips zum beizulegenden Zeitwert.

(5) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ergeben sich aus dem Dienstleistungs- und dem Transportgeschäft.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren im Wesentlichen in Höhe von 12,9 Mio. € aus dem Verrechnungsverkehr sowie mit 6,9 Mio. € aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der Line WORX GmbH (Line WORX), Essen, und aus anrechenbaren Steuern gegenüber Vier Gas Services GmbH & Co. KG (VGS), Essen, in Höhe von 1,7 Mio. €. Darüber hinaus sind in diesem Posten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (10,0 Mio. €) und Forderungen aus dem Beteiligungsergebnis (9,6 Mio. €) gegenüber der MEGAL, saldiert mit erhaltenen Anzahlungen (15,6 Mio. €), enthalten.

Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten im Wesentlichen Forderungen aus einem Gesellschafterdarlehen in Höhe von 25,0 Mio. € und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2,4 Mio. € gegenüber der Trading Hub Europe GmbH (THE), Ratingen, Gewinnansprüche gegenüber der NETG in Höhe von 4,0 Mio. € sowie Forderungen aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen, in Höhe von 0,9 Mio. €.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen mit 12,6 Mio. € Abgrenzungen der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage sowie mit 6,5 Mio. € Erstattungsansprüche aus Erdgas-, Gewerbe- und Körperschaftsteuer. Am Bilanzstichtag sind wie im Vorjahr keine sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr vorhanden.

(6) Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

Die flüssigen Mittel entfallen auf Kassenbestände auf den Betriebsstellen und Guthaben bei Kreditinstituten.

(7) Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Dieser Posten enthält zum einen den Aktivüberhang aus der Saldierung des Planvermögens bei der Helaba (574,3 Mio. €) mit den korrespondierenden Pensionsrückstellungen (572,1 Mio. €). Die Anschaffungskosten des Planvermögens für Pensionsrückstellungen belaufen sich auf 431,7 Mio. €. Im Geschäftsjahr sind Einzahlungen in dieses Planvermögen in Höhe von 29,0 Mio. € vorgenommen worden.

Zum anderen enthält dieser Posten den Aktivüberhang aus der Saldierung des Planvermögens bei der Helaba (53,5 Mio. €) mit den korrespondierenden Rückstellungen für Langzeitkonten (53,2 Mio. €). Die Anschaffungskosten des Planvermögens für Langzeitkonten belaufen sich auf 41,3 Mio. €. Im Geschäftsjahr sind Einzahlungen in dieses Planvermögen in Höhe von 5,5 Mio. € vorgenommen worden.

(8) Eigenkapital

Das gezeichnete Kapital (Stammkapital) beträgt wie im Vorjahr 110,3 Mio. €. Alleinige Gesellschafterin der OGE ist VGT.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich in Höhe von 75,4 Mio. € aus der unmittelbaren Einstellung von Auflösungsbeträgen aus der erstmaligen Bewertung von Rückstellungen nach den Vorschriften des BilMoG und resultieren aus den Geschäftsjahren 2009 und 2010. Zudem wurden in den Geschäftsjahren 2014 bis 2019 in Übereinstimmung mit dem bestehenden Ergebnisabführungsvertrag mit VGT bei vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wirtschaftlich sinnvolle Einstellungen in die Gewinnrücklagen in Höhe von insgesamt 746,1 Mio. € aufgrund zukünftiger Investitionsvorhaben im Zusammenhang mit dem Netzentwicklungsplan vorgenommen.

Die Gewinnrücklagen stellen in voller Höhe „andere Gewinnrücklagen“ nach § 266 Abs. 3 A. III Nr. 4 HGB dar.

(9) Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthalten ausschließlich Rückstellungen für Gasdeputate.

Der Unterschiedsbetrag aus dem zugrunde gelegten Ansatz der Deputatsrückstellungen und den unter Ziffer 7 genannten Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren beträgt 0,8 Mio. € bzw. 61,0 Mio. €.

Die Sonstigen Rückstellungen (558,1 Mio. €) beinhalten im Wesentlichen mit 146,5 Mio. € Rückstellungen für den Ausgleich des Regulierungskontos, mit 154,1 Mio. € Rückstellungen für die Demontage oberirdischer Anlagen, mit 129,7 Mio. € Rückstellungen für die Entfernung stillgelegter Leitungen sowie mit 45,7 Mio. € personalbezogene Rückstellungen. Darüber hinaus bestehen Herausgabeverpflichtungen in Höhe von 49,3 Mio. € für in den Leitungen befindliches Erdgas.

(10) Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2021:

	Gesamt €	Restlaufzeit bis 1 Jahr €	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahre €	Restlaufzeit über 5 Jahre €
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	22.620.438,73	22.620.438,73	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	40.326.806,35	40.194.855,49	131.950,86	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	68.531.245,83	68.531.245,83	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	35.111.660,43	35.111.660,43	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	32.075.794,34	32.075.794,34	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	19.330.758,55	9.005.534,80	2.670.215,02	7.655.008,73
(davon aus Steuern)	5.144.511,53	5.144.511,53	0,00	0,00
	217.996.704,23	207.539.529,62	2.802.165,88	7.655.008,73

Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2020:

	Gesamt €	Restlaufzeit bis 1 Jahr €	Restlaufzeit zwischen 1 und 5 Jahre €	Restlaufzeit über 5 Jahre €
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	30.774.798,11	30.774.798,11	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	15.934.296,65	14.367.321,14	1.566.975,51	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	93.471.719,05	93.471.719,05	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	27.446.032,09	27.446.032,09	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	16.212.855,57	7.387.694,79	2.046.418,06	6.778.742,72
(davon aus Steuern)	5.517.488,85	5.517.488,85	0,00	0,00
	183.839.701,47	173.447.565,18	3.613.393,57	6.778.742,72

Durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesicherte Verbindlichkeiten liegen nicht vor.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten im Wesentlichen erhaltene Anzahlungen und Verbindlichkeiten aus dem Verrechnungsverkehr, saldiert mit Forderungen aus Ergebnisabführungen. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind in diesem Posten nur in unwesentlicher Höhe enthalten.

Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten gegenüber der NETRA GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. KG (NETRA), Schneiderkrug, aus dem Cashmanagement in Höhe von 29,4 Mio. €, aus erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 8,2 Mio. €, saldiert mit Gewinnansprüchen in Höhe von 8,6 Mio. €, sowie gegenüber der TENP aus erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 5,1 Mio. € und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 3,7 Mio. €, die mit Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 4,7 Mio. € und Gewinnansprüchen in Höhe von 1,2 Mio. € verrechnet sind. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber anderen Unternehmen, mit

denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind darüber hinaus nur in unwesentlicher Höhe in diesem Posten enthalten.

Die Sonstigen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen mit 11,0 Mio. € aus erhaltenen Baukostenzuschüssen sowie mit 5,1 Mio. € aus Steuern. Die Restlaufzeiten von Investitionszuschüssen werden ab diesem Geschäftsjahr erstmalig entsprechend ihrem ertragswirksamen Auflösungszeitpunkt aufgeteilt und angegeben. Angaben zu den Restlaufzeiten des Vorjahres wurden entsprechend angepasst.

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht weiterhin die per 4. August 2017 durch VGT abgeschlossene und per 15. Juli 2019 bis zum Jahr 2024 verlängerte Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. €. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10,0 Mio. € (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20,0 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Zum Stichtag 31. Dezember 2021 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,2 Mio. € in Anspruch genommen. Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2021 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 210,6 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes. Hiervon entfallen 157,4 Mio. € p.a. auf verbundene Unternehmen.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 330,9 Mio. € und betreffen Bestellobligos. Davon entfallen 8,5 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(11) Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2021 wurden entsprechend § 277 Abs. 1 HGB erfasst.

Die Umsatzerlöse resultieren mit 947,4 Mio. € aus dem Gastransportgeschäft sowie transportnahen Dienstleistungen und mit 264,8 Mio. € aus technischen und kaufmännischen Dienstleistungen und werden überwiegend im Inland erzielt. 206,8 Mio. € der Umsatzerlöse wurden mit verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen erzielt.

(12) Andere aktivierte Eigenleistungen

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr Eigenleistungen für immaterielle Vermögensgegenstände in Höhe von 3,9 Mio. € aktiviert.

(13) Sonstige betriebliche Erträge

In diesem Posten sind im Wesentlichen in Höhe von 18,8 Mio. € Kostenerstattungen von Dritten für Leitungsumlegungen, in Höhe von 12,6 Mio. € Erträge aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage, in Höhe von 5,5 Mio. € Erträge aus dem Abgang von Anlagevermögen, sowie periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 2,0 Mio. € enthalten. Darüber hinaus sind in diesem Posten periodenfremde Erträge in Höhe von 0,1 Mio. € enthalten.

(14) Materialaufwand

Im Materialaufwand werden die Aufwendungen für Gebrauchs- und Nutzungsüberlassungsentgelte, auch an verbundene Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, Antriebsenergie, Erdgassteuer sowie Aufwendungen aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage zusammengefasst. Darüber hinaus sind Wartungs- und Instandhaltungsaufwendungen sowie sonstige bezogene Leistungen enthalten.

(15) Abschreibungen

Die planmäßigen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen im Berichtsjahr 143,8 Mio. €. Die Abschreibungen entfallen mit 21,6 Mio. € auf immaterielle Vermögensgegenstände und mit 122,2 Mio. € auf Sachanlagen.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen IT-Kosten, sonstige Verwaltungskosten und Aufwendungen aus der Marktraumumstellungs- und Biogasumlage. Periodenfremde Aufwendungen sind in diesem Posten nur in unwesentlicher Höhe enthalten.

(17) Beteiligungsergebnis

	2021 €	2020 €
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	61.456.283,59	64.887.315,64
Erträge aus Beteiligungen	25.177.814,92	24.002.040,07
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	-2.232,04	-767,91
	86.631.866,47	88.888.587,80

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen beinhalten im Wesentlichen Ergebnisabführungen der Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH, Essen, (53,7 Mio. €) und Line WORX (6,9 Mio. €). Die Erträge aus Beteiligungen resultieren überwiegend aus Beteiligungserträgen der MEGAL (9,6 Mio. €) und NETRA (8,6 Mio. €).

(18) Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge enthalten im Wesentlichen Zinserträge aus Gewerbesteuern aus Vorjahren, Zinserträge aus dem Verrechnungsverkehr und Zinserträge aus der Aufzinsung von Ausleihungen.

(19) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Die nach § 277 Abs. 5 Satz 1 HGB gesondert in der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisenden Aufzinsungen von Rückstellungen belaufen sich auf 82,0 Mio. €. Davon entfallen 62,7 Mio. € auf die Aufzinsung der Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen und Zeitwertkonten. Damit saldiert sind in diesem Posten Erträge aus der Bewertung des entsprechenden Planvermögens zum beizulegenden Zeitwert i.S.d. § 285 Nr. 25 HGB in Verbindung mit § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB in Höhe von 43,3 Mio. € enthalten. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen greift die Ausschüttungs- bzw. Abführungssperre des § 268 Abs. 8 HGB nicht.

(20) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen im Wesentlichen mit 70,3 Mio. € auf Konzernsteuerumlagen des Geschäftsjahres seitens VGT.

(21) Sonstige Steuern

In diesem Posten sind Grundsteuer, nicht abzugsfähige Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer ausgewiesen.

(22) Aufwendungen aus der Ergebnisabführung

Die Aufwendungen aus der Ergebnisabführung resultieren aus dem mit der VGT geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag.

V. Sonstige Angaben

Abführungssperre

Aus der Aktivierung von selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenständen (5,3 Mio. €) und der Bilanzierung des Planvermögens zum beizulegenden Zeitwert (+ 154,7 Mio. € im Vergleich zu den Anschaffungskosten) nach § 268 Abs. 8 HGB ergibt sich ein Gesamtbetrag von 160,0 Mio. €, der der Abführungssperre unterliegt. Aufgrund der Höhe der vorhandenen freien Rücklagen (Kapitalrücklage und Gewinnrücklagen) findet die Abführungssperre keine Anwendung.

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt

Der Personalbestand i.S.d. § 285 Nr. 7 i.V.m. § 267 Abs. 5 HGB, d.h. ohne Geschäftsführung und Auszubildende betrug im Durchschnitt des Geschäftsjahres 341 gewerbliche Mitarbeiter und 1.154 Angestellte (Vorjahr: 340 gewerbliche Mitarbeiter und 1.138 Angestellte).

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Nahestehende natürliche Personen im Sinne des § 285 Nr. 21 HGB sind die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrats. Nahestehende juristische Personen sind insbesondere VGT, VGS sowie die Beteiligungsgesellschaften.

Weder mit natürlichen noch mit juristischen nahestehenden Personen haben im Berichtsjahr zu marktüblichen Bedingungen vereinbarte wesentliche Geschäfte stattgefunden.

Honorar des Abschlussprüfers

Die Gesellschaft verzichtet auf die Angabe zum Honorar des Abschlussprüfers gemäß § 285 Nr. 17 HGB aufgrund der Aufnahme dieser Angabe in den Konzernabschluss der VGT.

Geschäfte größeren Umfangs gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Geschäfte größeren Umfangs bestanden insbesondere mit verbundenen bzw. assoziierten Unternehmen und betreffen im Wesentlichen Dienstleistungserlöse (206,7 Mio. €) sowie Aufwendungen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (210,6 Mio. €).

Aufsichtsrat der Open Grid Europe GmbH, Essen

Mitglieder des Aufsichtsrats waren im Geschäftsjahr 2021:

Lincoln Hillier Webb

Vorsitzender

Victoria/Kanada

Vice President, British Columbia Investment Management Corporation

Hilko Schomerus

Darmstadt

Managing Director, Macquarie Capital (Europe) Limited

Frank Lehmann

Stellvertretender Vorsitzender

Moers

Vorsitzender des Betriebsrates der Open Grid Europe GmbH

Önder Ata

Mülheim an der Ruhr

Stellvertretender Vorsitzender des Betriebsrates der Open Grid Europe GmbH

Alexander Bögle

München

Senior Investment Manager, Private Equity & Infrastructure, MEAG MUNICH ERGO Asset Management GmbH

Guy Lambert

Abu Dhabi/Vereinigte Arabische Emirate

Head of Utilities, Abu Dhabi Investment Authority (ADIA)

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2021 für ihre Tätigkeit Bezüge in Höhe von 0,1 Mio. € erhalten.

Geschäftsführung der Open Grid Europe GmbH

Mitglieder der Geschäftsführung waren im Berichtsjahr:

Dr. Jörg Bergmann

Bochum

Geschäftsführer Business Services und Personal

Dr. Thomas Hübener

Haltern

Geschäftsführer Technik

Dr. Frank Reiners
Düsseldorf
Geschäftsführer Finanzen und Regulierung

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nr. 9a HGB in Höhe von 2,4 Mio. €. Die Gesamtbezüge ehemaliger Geschäftsführer im Sinne des § 285 Nr. 9b HGB beliefen sich im Geschäftsjahr auf 0,4 Mio. €. Die für die ehemaligen Geschäftsführer gebildeten Rückstellungen für Pensionen belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 8,4 Mio. €.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Die Geschäftsführung verfolgt fortlaufend die Entwicklung des Krieges in der Ukraine sowie die sich daraus ergebenden Folgen auf die Versorgungssicherheit und für die Energiewirtschaft. OGE ist zur Versorgungssicherheit im Lichte der Entwicklungen in Russland und in der Ukraine im ständigen Austausch mit den anderen deutschen und europäischen Netzbetreibern und den zuständigen Behörden. Mögliche Versorgungsengpässe können gemeinsam schnell erkannt und notwendige Maßnahmen können auf der Transportebene umgehend abgestimmt und eingeleitet werden.

Die Versorgungssituation in Europa hängt davon ab, dass weiterhin hohe LNG-Mengen in die EU geliefert und generell alle Importrouten ausgelastet werden. Im Fall des vollständigen Ausfalls von russischen Importen können nach Analyse der zuständigen Behörden regional in Europa einzelne Engpässe nicht ausgeschlossen werden. Die deutschen Fernleitungsnetzbetreiber arbeiten jedoch gemeinsam mit ihren europäischen Partnern sowie den zuständigen Behörden daran, eine sichere Versorgungssituation zu gewährleisten.

Das deutsche Gasnetz ist grundsätzlich flexibel aufgebaut, an vielen Punkten in das europäische Verbundnetz eingebunden und kann Gasmengen über verschiedene Wege sicher zum Verbraucher transportieren. Die Transport-Kapazitäten sind langfristig so ausgelegt, dass die Verpflichtungen der Händler zur sicheren Versorgung ihrer Kunden erfüllt werden können. Ein Beispiel für die Flexibilität ist die Fahrweise in diesem Winter mit mehr Mengen aus Norwegen und den westlichen LNG-Terminals bei gleichzeitig reduzierten Mengen aus dem Osten.

Aufgrund des Geschäftsmodells eines regulierten Erdgasfernleitungsnetzbetreibers erwartet die Geschäftsführung keine wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Im Zuge der Regulierung der Erlösobergrenze würden etwaige Auswirkungen auf die Erträge größtenteils vorübergehender Natur sein und über den Mechanismus des Regulierungskontos im Zeitverlauf wieder ausgeglichen werden. Die sich daraus ergebende Verschiebung von Liquiditätszuflüssen könnte bei Bedarf durch bestehende und bislang ungenutzte revolvingende Kreditlinien ausgeglichen werden. Uneinbringliche Forderungen im Falle einer Kundeninsolvenz wären ein verbleibendes Risiko, das nicht gemindert und nicht auf dem Regulierungskonto verbucht werden könnte. Das Risiko ist jedoch in seiner Auswirkung begrenzt, da davon auszugehen ist, dass entweder OGE oder der Kunde den zugrunde liegenden Vertrag kurzfristig kündigen würde.

Konzern

OGE selbst stellt mit Verweis auf § 291 HGB keinen eigenen Konzernabschluss und Konzernlagebericht auf, sondern wird mit befreiender Wirkung in den von VGT aufgestellten Konzernabschluss nach den IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, einbezogen. VGT stellt für den kleinsten Kreis als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss auf. Vier Gas Holdings S.à r.l., Luxemburg, stellt als Mutterunternehmen für den größten Kreis einen Konzernabschluss auf. Beide Abschlüsse werden gemäß § 325 HGB im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Essen, 14. März 2022

Open Grid Europe GmbH

Die Geschäftsführung



Dr. Bergmann



Dr. Hübener



Dr. Reiners

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2021

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.01.2021	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2021	1.01.2021	Zugänge	Abgänge	31.12.2021	31.12.2021	31.12.2020
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1 Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.904.365,38	115.854,57	-842.749,52	0,00	11.177.470,43	4.772.461,14	1.955.673,68	-842.749,52	5.885.385,30	5.292.085,13	7.131.904,24
2 Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	156.072.150,33	6.752.107,29	-3.948.750,23	1.593.412,33	160.468.919,72	99.808.189,21	19.613.668,94	-3.948.029,72	115.473.828,43	44.995.091,29	56.263.961,12
3 Geleistete Anzahlungen	3.396.470,66	5.344.959,31	0,00	-1.593.412,33	7.148.017,64	0,00	0,00	0,00	0,00	7.148.017,64	3.396.470,66
	171.372.986,37	12.212.921,17	-4.791.499,75	0,00	178.794.407,79	104.580.650,35	21.569.342,62	-4.790.779,24	121.359.213,73	57.435.194,06	66.792.336,02
II. Sachanlagen											
1 Grundstücke, grundstückgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	307.112.254,84	3.624.725,68	-434.415,48	12.275.693,75	322.578.258,79	148.578.161,68	8.177.728,17	-403.202,89	156.352.686,96	166.225.571,83	158.534.093,16
2 Technische Anlagen und Maschinen	4.905.427.810,18	66.070.433,82	-17.845.782,38	96.952.185,33	5.050.604.646,95	3.641.695.573,86	104.831.224,48	-17.359.163,94	3.729.167.634,40	1.321.437.012,55	1.263.732.236,32
3 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	115.221.934,85	5.255.111,26	-2.996.226,28	3.299.096,93	120.779.916,76	70.754.967,11	9.184.602,07	-2.911.153,20	77.028.415,98	43.751.500,78	44.466.967,74
4 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	162.622.372,89	71.052.807,57	0,00	-112.526.976,01	121.148.204,45	0,00	0,00	0,00	0,00	121.148.204,45	162.622.372,89
	5.490.384.372,76	146.003.078,33	-21.276.424,14	0,00	5.615.111.026,95	3.861.028.702,65	122.193.554,72	-20.673.520,03	3.962.548.737,34	1.652.562.289,61	1.629.355.670,11
III. Finanzanlagen											
1 Anteile an verbundenen Unternehmen	814.353.272,39	63.000.000,00	-30.000.000,00	0,00	847.353.272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	846.853.273,39	813.853.273,39
2 Beteiligungen	180.737.186,20	17.677.830,21	-500.000,00	0,00	197.915.016,41	0,00	0,00	0,00	0,00	197.915.016,41	180.737.186,20
3 Sonstige Ausleihungen	2.426.766,99	380.741,17	-351.088,50	0,00	2.456.419,66	122.537,89	0,00	-18.127,56	104.410,33	2.352.009,33	2.304.229,10
	997.517.225,58	81.058.571,38	-30.851.088,50	0,00	1.047.724.708,46	622.536,89	0,00	-18.127,56	604.409,33	1.047.120.299,13	996.894.688,69
	6.659.274.584,71	239.274.570,88	-56.919.012,39	0,00	6.841.630.143,20	3.966.231.889,89	143.762.897,34	-25.482.426,83	4.084.512.360,40	2.757.117.782,80	2.693.042.694,82

Beteiligungsliste gem. § 285 Nr. 11 HGB

Stand 31. Dezember 2021

lfd. Nr.	Gesellschaft	Anteil der	Kapital-	Eigen-	Jahres-
		Open Grid Europe GmbH oder Tochter am Gesellschaftskapital	haltende Gesellschaften	kapital (T€) ¹⁾	ergebnis (T€) ¹⁾
		%	(lfd. Nr.)	31.12.2021	2021
Wesentliche verbundene Unternehmen					
1	Open Grid Europe GmbH, Essen ²⁾			2.285.548	203.230
2	Line Worx GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	84.725	6.853
3	MEGAL Mittel-Europäische-Gasleitungsgesellschaft mbH & Co. KG, Essen	51,00	1	79.046	17.494
4	Mittelrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH, Essen ²⁾	100,00	1	64.150	53.681
5	Zeelink GmbH & Co. KG, Essen	75,00	1	717.875	3.372
Sonstige wesentliche Beteiligungen					
6	GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, Straelen	29,24	2	110.274	28.376
7	NETRA GmbH Norddeutsche Erdgas Transversale & Co. KG, Schneiderkrug	55,94	1	64.701	14.982
8	Trans Europa Naturgas Pipeline Gesellschaft mbH & Co. KG, Essen	51,00	1	217.696	2.948
Verbundene Unternehmen von untergeordneter Bedeutung					
9	MEGAL Verwaltungs-GmbH, Essen	51,00	1	55	2
10	NEL Beteiligungs GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	25	-1
11	Open Grid Regional GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	500	-1
12	Open Grid Service GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	454	159
13	PLEdoc GmbH, Essen ²⁾	100,00	1	790	1.122
14	Zeelink-Verwaltungs-GmbH, Essen	75,00	1	34	2
Sonstige Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung					
15	DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransport-Gesellschaft mbH & Co. Kommanditgesellschaft, Handewitt	24,99	1	4.515	1.111
16	DEUDAN-Deutsch/Dänische Erdgastransport-Gesellschaft mbH, Handewitt ³⁾	24,99	1	85	2
17	evety GmbH, Essen ³⁾	40,00	1	1.591	-409
18	GasLINE Telekommunikationsnetz-Geschäftsführungsgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH, Straelen	29,24	2	74	2
19	Liwacom Informationstechnik GmbH, Essen ³⁾	33,33	1	597	192
20	Trading Hub Europe GmbH, Ratingen ⁴⁾	9,09	1	0	0
21	H2UB GmbH, Essen ⁴⁾	40,00	1	0	0
22	NETRA GmbH-Norddeutsche Erdgas Transversale, Schneiderkrug ³⁾	50,00	1	117	2
23	Nordrheinische Erdgastransportleitungsgesellschaft mbH & Co. KG, Dortmund	50,00	1	96.866	7.865
24	Nordrheinische Erdgastransportleitungs-Verwaltungs-GmbH, Dortmund ³⁾	50,00	1	42	1
25	PRISMA European Capacity Platform GmbH, Leipzig ³⁾	1,33	1	1.589	268
26	Trans Europa Naturgas Pipeline Verwaltungs-GmbH, Essen	50,00	1	52	2

¹⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis basieren auf den Bilanzierungsgrundsätzen nach HGB

²⁾ Ergebnisabführungsvertrag (Ergebnis vor Gewinnabführung bzw. Verlustausgleich)

³⁾ Eigenkapital und Jahresergebnis beziehen sich auf das Vorjahr

⁴⁾ Gesellschaft im Geschäftsjahr gegründet. Es liegen noch keine veröffentlichten Werte vor.

**Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021**

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2021

Aktiva	€	Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidierungsspalte	Gesamt
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögenswerte						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		4.884.335,46	8.105,77	399.643,90	0,00	5.292.085,13
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		39.912.826,93	1.241.676,21	3.840.588,15	0,00	44.995.091,29
3. Geleistete Anzahlungen		5.534.811,63	67.086,23	1.546.119,78	0,00	7.148.017,64
		50.331.974,02	1.316.868,21	5.786.351,83	0,00	57.435.194,06
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		154.732.549,59	223.609,36	11.269.412,88	0,00	166.225.571,83
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.320.926.026,56	17.563,90	493.422,09	0,00	1.321.437.012,55
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		31.770.386,90	140.462,93	11.840.650,95	0,00	43.751.500,78
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		120.102.834,54	47.572,47	997.797,44	0,00	121.148.204,45
		1.627.531.797,59	429.208,66	24.601.283,36	0,00	1.652.562.289,61
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0,00	0,00	846.853.273,39	0,00	846.853.273,39
2. Beteiligungen		0,00	0,00	197.915.016,41	0,00	197.915.016,41
3. Sonstige Ausleihungen		1.444.679,78	29.616,52	877.713,03	0,00	2.352.009,33
		1.444.679,78	29.616,52	1.045.646.002,83	0,00	1.047.120.299,13
		1.679.308.451,39	1.775.693,39	1.076.033.638,02	0,00	2.757.117.782,80
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		12.953.965,56	2.855,19	1.319.094,59	0,00	14.275.915,34
2. Unfertige Leistungen		4.971.202,39	0,00	53.907.076,85	0,00	58.878.279,24
3. Waren		50.187.710,30	0,00	0,00	0,00	50.187.710,30
4. Sonstige Vorräte		7.137.719,16	0,00	0,00	0,00	7.137.719,16
		75.250.597,41	2.855,19	55.226.171,44	0,00	130.479.624,04
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		32.805.456,54	436.333,01	2.871.752,49	0,00	36.113.542,04
2. Forderungen gegen Gesellschafter		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		808.984,08	14.871,45	24.546.916,74	-32,57	25.370.739,70
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		2.480.825,29	0,00	29.764.492,99	-2,51	32.245.315,77
5. Sonstige Vermögensgegenstände		19.742.458,48	34.511,52	1.576.346,38	0,00	21.353.316,38
<i>davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>	<i>0,00</i>
		55.837.724,39	485.715,98	58.759.508,60	-35,08	115.082.913,89
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		36.159.469,07	549.824,85	31.170.317,63	0,00	67.879.611,55
		167.247.790,87	1.038.396,02	145.155.997,67	-35,08	313.442.149,48
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.599.954,79	18.297,53	648.020,28	0,00	2.266.272,60
D. Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensverrechnung		1.512.435,51	31.005,54	897.939,93	0,00	2.441.380,98
E. Kapitalverrechnungsposten		448.633.613,44	0,00	0,00	-448.633.613,44	0,00
		2.298.302.246,00	2.863.392,48	1.222.735.595,90	-448.633.648,52	3.075.267.585,86

Passiva	€	Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidie- rungsspalte	Gesamt
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		67.196.470,27	71.053,25	43.056.808,48	0,00	110.324.332,00
II. Kapitalrücklage		842.787.446,52	891.159,75	540.024.461,51	0,00	1.383.703.067,78
III. Gewinnrücklagen		762.029.085,61	48.587,31	29.442.906,69	0,00	791.520.579,61
		1.672.013.002,40	1.010.800,31	612.524.176,68	0,00	2.285.547.979,39
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		126.958,40	0,00	0,00	0,00	126.958,40
C. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.837.603,64	119.673,23	3.465.812,13	0,00	9.423.089,00
2. Steuerrückstellungen		5.365,45	62,46	2.580,23	0,00	8.008,14
3. Sonstige Rückstellungen		534.793.059,87	625.188,75	22.703.800,35	0,00	558.122.048,97
		540.636.028,96	744.924,44	26.172.192,71	0,00	567.553.146,11
D. Verbindlichkeiten						
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		13.870.034,80	0,00	8.750.403,93	0,00	22.620.438,73
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		13.870.034,80	0,00	8.750.403,93	0,00	22.620.438,73
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		36.700.223,76	37.113,11	3.589.469,48	0,00	40.326.806,35
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		36.568.272,90	37.113,11	3.589.469,48	0,00	40.194.855,49
<i>davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr</i>		131.950,86	0,00	0,00	0,00	131.950,86
<i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		6.937.268,67	81.131,49	61.512.845,67	0,00	68.531.245,83
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		6.937.268,67	81.131,49	61.512.845,67	0,00	68.531.245,83
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		3.309.925,02	0,00	31.801.767,98	-32,57	35.111.660,43
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		3.309.925,02	0,00	31.801.767,98	-32,57	35.111.660,43
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		3.496.624,06	2,90	28.579.169,89	-2,51	32.075.794,34
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		3.496.624,06	2,90	28.579.169,89	-2,51	32.075.794,34
6. Sonstige Verbindlichkeiten		17.471.173,93	41.802,75	1.817.781,87	0,00	19.330.758,55
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		7.246.519,29	41.802,75	1.717.212,76	0,00	9.005.534,80
<i>davon aus Steuern</i>		2.632.104,27	0,00	38.110,75	0,00	2.670.215,02
		81.785.250,24	160.050,25	136.051.438,82	-35,08	217.996.704,23
E. Rechnungsabgrenzungsposten		3.741.006,00	0,00	301.791,73	0,00	4.042.797,73
F. Kapitalverrechnungsposten		0,00	947.617,48	447.685.995,96	-448.633.613,44	0,00
		2.298.302.246,00	2.863.392,48	1.222.735.595,90	-448.633.648,52	3.075.267.585,86

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht weiterhin die per 4. August 2017 durch VGT abgeschlossene und per 15. Juli 2019 bis zum Jahr 2024 verlängerte Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. €. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10,0 Mio. € (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20,0 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Zum Stichtag 31. Dezember 2021 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,2 Mio. € in Anspruch genommen. Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2021 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird.

Die Nebenkreditlinien werden den Tätigkeiten außerhalb des Gassektors zugeordnet.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 210,6 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (Sparte Gasfernleitung). Hiervon entfallen 157,4 Mio. € p.a. auf verbundene Unternehmen.

Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 331,6 Mio. € und betreffen Bestellobligos. Diese werdengemäß Materialschlüssel aufgeteilt und gliedern sich wie folgt: Gasfernleitung 300,9 Mio. €, Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors 0,1 Mio. € und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors 30,6 Mio. €.

Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen 8,5 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

€	Gasfern- leitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Gesamt
1. Umsatzerlöse	962.762.804	7.492.763	242.008.541	1.212.264.109
2. Bestandsveränderungen	-1.379.096	0	-50.757.096	-52.136.192
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	21.731.555	0	0	21.731.555
4. Sonstige betriebliche Erträge	38.902.245	6.988	1.666.055	40.575.287
- davon Erträge aus Währungsumrechnung	14.435	184	5.502	20.121
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-72.996.431	-14.157	-6.222.944	-79.233.532
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-452.166.962	-100.882	-47.258.361	-499.526.205
	-525.163.393	-115.039	-53.481.305	-578.759.737
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-86.590.218	-1.836.779	-51.469.002	-139.895.999
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-29.280.379	-535.883	-17.325.475	-47.141.736
- davon für Altersversorgung	-15.448.776	-231.671	-8.791.430	-24.471.877
	-115.870.597	-2.372.662	-68.794.477	-187.037.736
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-136.890.795	-1.315.526	-5.556.577	-143.762.897
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-66.206.860	-1.200.351	-21.777.237	-89.184.448
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-20.007	-255	-7.616	-27.878
9. Beteiligungsergebnis	0	0	86.631.866	86.631.866
a) Erträge aus Beteiligungen	0	0	25.177.815	25.177.815
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	10.661.740	10.661.740
b) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	61.456.284	61.456.284
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	61.456.284	61.456.284
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	-2.232	-2.232
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	-2.232	-2.232
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	478.833	6.792	348.234	833.859
- davon von verbundenen Unternehmen	68.918	967	50.342	120.228
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-30.888.352	-262.625	-7.620.920	-38.771.897
- davon Zinsaufwendungen aus Aufzinsung von Rückstellungen	-57.671.584	-811.184	-23.519.987	-82.002.755
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-38.817.375	-589.682	-29.142.905	-68.549.961
13. Ergebnis nach Steuern	108.658.969	1.650.658	93.524.180	203.833.808
14. Sonstige Steuern	-404.707	-4.736	-194.687	-604.130
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-108.254.263	-1.645.922	-93.329.493	-203.229.677
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	0	0	0	0
18. Bilanzgewinn	0	0	0	0

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)

Vorbemerkungen

Bedingt durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) in der Fassung vom 10.08.2021 hat die Open Grid Europe GmbH nach den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Tätigkeitsbereiche Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors aufzustellen.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (inkl. Abschreibungsmethoden), die den drei Tätigkeitsabschlüssen zugrunde liegen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Regeln gem. § 6b Abs. 3 EnWG

In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche. In den Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den Tätigkeiten gegeben oder die direkte Zuordnung mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen ist, erfolgt die Zuordnung durch Schlüssel auf der Basis sachgerechter Bezugsgrößen. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei einzelnen Schlüsselungen geringfügige Fortentwicklungen und Präzisierungen vorgenommen worden, um die tatsächlichen organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verursachungsgerechtigkeit der Kostenallokation abzubilden. Als Folge hieraus ergibt sich eine leicht veränderte Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors.

Im Einzelnen kommen hauptsächlich nachstehende Bezugsgrößen zur Ermittlung der Schlüssel zur Anwendung:

- Personenmanntage
- Kostenschlüssel (Personal-, Material- und Instandhaltungsaufwand)
- Technische Kenngrößen (z.B. Leitungslänge und Verdichterleistung)
- Gesamtkosten
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
- Jahresüberschuss
- Buchwerte Anlagevermögen

Grundlage für die oben genannten Schlüssel sind im Wesentlichen die entsprechenden Erträge und Aufwendungen der GuV der Open Grid Europe GmbH und die Posten der Bilanz.

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen werden in der Bruttodarstellung abgebildet und auf Grundlage der angefallenen Kosten bewertet. Bei der Bruttodarstellung werden die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen aufgrund des sachlichen Bezugs den Tätigkeiten zugeordnet. Der tatsächliche wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Tätigkeit wird im Anschluss durch Anwendung der internen Leistungsverrechnung (für Personal, Geräte etc.) zwischen den Tätigkeiten verursachungsgerecht abgebildet.

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2021 nach Tätigkeiten

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.01.2021 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2021 €	1.01.2021 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2021 €	31.12.2021 €	31.12.2020 €
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.904.365,38	115.854,57	-842.749,52	0,00	11.177.470,43	4.772.461,14	1.955.673,68	-842.749,52	5.885.385,30	5.292.085,13	7.131.904,24
davon Gasfernleitung	10.271.105,61	78.533,17	-604.672,78	0,00	9.744.966,00	3.681.081,14	1.784.222,18	-604.672,78	4.860.630,54	4.884.335,46	6.604.727,15
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	43.015,90	832,78	-7.669,02	0,00	36.179,66	33.777,68	1.965,24	-7.669,02	28.073,90	8.105,76	8.224,55
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	1.590.243,87	36.488,62	-230.407,72	0,00	1.396.324,77	1.057.602,32	169.486,26	-230.407,72	996.680,86	399.643,91	518.952,54
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	156.072.150,33	6.752.107,29	-3.948.750,23	1.593.412,33	160.468.919,72	99.808.189,21	19.613.668,94	-3.948.029,72	115.473.828,43	44.995.091,29	56.263.961,12
davon Gasfernleitung	135.828.734,07	5.314.481,39	-2.287.461,60	1.324.446,27	140.180.200,13	86.309.587,38	16.244.626,31	-2.286.840,51	100.267.373,18	39.912.826,95	49.977.561,66
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	4.904.087,27	404.149,16	-180.209,48	94.088,52	5.222.115,47	2.888.632,78	1.271.921,21	-180.114,74	3.980.439,25	1.241.676,22	1.661.234,07
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	15.339.328,99	1.033.476,74	-1.481.079,15	174.877,54	15.066.604,12	10.609.969,05	2.097.121,42	-1.481.074,47	11.226.016,00	3.840.588,12	4.625.165,39
Geleistete Anzahlungen	3.396.470,66	5.344.959,31	0,00	-1.593.412,33	7.148.017,64	0,00	0,00	0,00	0,00	7.148.017,64	3.396.470,66
davon Gasfernleitung	2.567.986,86	4.293.670,81	0,00	-1.326.846,06	5.534.811,61	0,00	0,00	0,00	0,00	5.534.811,61	2.546.906,46
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	107.713,83	53.573,59	0,00	-94.201,19	67.086,23	0,00	0,00	0,00	0,00	67.086,23	132.578,47
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	720.769,97	997.714,91	0,00	-172.365,08	1.546.119,80	0,00	0,00	0,00	0,00	1.546.119,80	716.985,73
	171.372.986,37	12.212.921,17	-4.791.499,75	0,00	178.794.407,79	104.580.650,35	21.569.342,62	-4.790.779,24	121.359.213,73	57.435.194,06	66.792.336,02
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	307.112.254,84	3.624.725,68	-434.415,48	12.275.693,75	322.578.258,79	148.578.161,68	8.177.728,17	-403.202,89	156.352.686,96	166.225.571,83	158.534.093,16
davon Gasfernleitung	276.396.556,36	3.573.362,17	-432.606,42	12.177.255,68	291.714.567,79	129.860.717,75	7.522.694,27	-401.393,83	136.982.018,19	154.732.549,60	146.944.803,82
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	489.266,72	0,00	0,00	0,00	489.266,72	252.484,16	13.173,21	0,00	265.657,37	223.609,35	220.807,25
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	30.226.431,76	51.363,51	-1.809,06	98.438,07	30.374.424,28	18.464.959,77	641.860,69	-1.809,06	19.105.011,40	11.269.412,88	11.368.482,09
Technische Anlagen und Maschinen	4.905.427.810,18	66.070.433,82	-17.845.782,38	96.952.185,33	5.050.604.646,95	3.641.695.573,86	104.831.224,48	-17.359.163,94	3.729.167.634,40	1.321.437.012,55	1.263.732.236,32
davon Gasfernleitung	4.899.825.915,83	66.067.217,07	-17.845.782,38	96.951.753,17	5.044.999.103,69	3.636.647.018,31	104.785.222,76	-17.359.163,94	3.724.073.077,13	1.320.926.026,56	1.261.486.879,22
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	2.383.050,04	0,00	0,00	0,00	2.383.050,04	2.363.395,00	2.091,14	0,00	2.365.486,14	17.563,90	310.504,43
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	3.218.844,31	3.216,75	0,00	432,16	3.222.493,22	2.685.160,55	43.910,58	0,00	2.729.071,13	493.422,09	1.934.852,67
Betriebs- und Geschäftsausstattung	115.221.934,85	5.255.111,26	-2.996.226,28	3.299.096,93	120.779.916,76	70.754.967,11	9.184.602,07	-2.911.153,20	77.028.415,98	43.751.500,78	44.466.967,74
davon Gasfernleitung	75.106.072,14	3.798.624,22	-2.071.338,24	3.220.166,77	80.053.524,89	43.749.637,27	6.554.029,77	-2.020.529,04	48.283.138,00	31.770.386,89	30.998.469,91
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	287.890,15	19.573,41	-9.953,63	0,00	297.509,93	140.508,91	26.374,72	-9.836,64	157.046,99	140.462,94	114.870,63
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	39.827.972,56	1.436.913,63	-914.934,41	78.930,16	40.428.881,94	26.864.820,93	2.604.197,58	-880.787,52	28.588.230,99	11.840.650,95	13.353.627,20
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	162.622.372,89	71.052.807,57	0,00	-112.526.976,01	121.148.204,45	0,00	0,00	0,00	0,00	121.148.204,45	162.622.372,89
davon Gasfernleitung	162.361.229,89	70.089.883,12	0,00	-112.348.278,47	120.102.834,54	0,00	0,00	0,00	0,00	120.102.834,54	162.072.643,67
davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	35.037,62	12.534,85	0,00	0,00	47.572,47	0,00	0,00	0,00	0,00	47.572,47	46.919,25
davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	226.105,38	950.389,60	0,00	-178.697,54	997.797,44	0,00	0,00	0,00	0,00	997.797,44	502.809,97
	5.490.384.372,76	146.003.078,33	-21.276.424,14	0,00	5.615.111.026,95	3.861.028.702,65	122.193.554,72	-20.673.520,03	3.962.548.737,34	1.652.562.289,61	1.629.355.670,11

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2021 nach Tätigkeiten

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.01.2021 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2021 €	1.01.2021 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2021 €	31.12.2021 €	31.12.2020 €
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	814.353.272,39	63.000.000,00	-30.000.000,00	0,00	847.353.272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	846.853.273,39	813.853.273,39
<i>davon Gasfernleitung</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	814.353.272,39	63.000.000,00	-30.000.000,00	0,00	847.353.272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	846.853.273,39	813.853.273,39
Beteiligungen	180.737.186,20	17.677.830,21	-500.000,00	0,00	197.915.016,41	0,00	0,00	0,00	0,00	197.915.016,41	180.737.186,20
<i>davon Gasfernleitung</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	180.737.186,20	17.677.830,21	-500.000,00	0,00	197.915.016,41	0,00	0,00	0,00	0,00	197.915.016,41	180.737.186,20
Sonstige Ausleihungen	2.426.766,99	380.741,17	-351.088,50	0,00	2.456.419,66	122.537,89	0,00	-18.127,56	104.410,33	2.352.009,33	2.304.229,10
<i>davon Gasfernleitung</i>	1.503.382,15	223.479,16	-217.499,33	0,00	1.509.361,98	75.912,22	0,00	-11.230,02	64.682,20	1.444.679,78	1.452.312,87
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	30.819,94	4.581,41	-4.458,82	0,00	30.942,53	1.556,23	0,00	-230,22	1.326,01	29.616,52	27.639,18
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	892.564,90	152.680,60	-129.130,35	0,00	916.115,15	45.069,44	0,00	-6.667,32	38.402,12	877.713,03	824.277,05
	997.517.225,58	81.058.571,38	-30.851.088,50	0,00	1.047.724.708,46	622.536,89	0,00	-18.127,56	604.409,33	1.047.120.299,13	996.894.688,69
	6.659.274.584,71	239.274.570,88	-56.919.012,39	0,00	6.841.630.143,20	3.966.231.889,89	143.762.897,34	-25.482.426,83	4.084.512.360,40	2.757.117.782,80	2.693.042.694,82

**Tätigkeitsabschlüsse für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020**

Bilanzen nach Tätigkeiten zum 31. Dezember 2020

Aktiva	€	Gasfernleitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidierungsspalte	Gesamt
A. Anlagevermögen						
I. Immaterielle Vermögenswerte						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		6.604.726	8.225	518.953	0	7.131.904
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		49.429.353	2.204.020	4.630.588	0	56.263.961
3. Geleistete Anzahlungen		2.546.907	132.578	716.986	0	3.396.471
		58.580.986	2.344.823	5.866.527	0	66.792.336
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		146.944.804	220.807	11.368.482	0	158.534.093
2. Technische Anlagen und Maschinen		1.262.158.997	-257.911	1.831.150	0	1.263.732.236
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		30.998.470	114.871	13.353.627	0	44.466.968
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		162.072.644	46.919	502.810	0	162.622.373
		1.602.174.915	124.686	27.056.069	0	1.629.355.670
III. Finanzanlagen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		0	0	813.853.274	0	813.853.274
2. Beteiligungen		0	0	180.737.186	0	180.737.186
3. Sonstige Ausleihungen		1.452.313	27.639	824.277	0	2.304.229
		1.452.313	27.639	995.414.737	0	996.894.689
		1.662.208.214	2.497.148	1.028.337.333	0	2.693.042.695
B. Umlaufvermögen						
I. Vorräte						
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		11.859.541	4.035	1.587.190	0	13.450.766
2. Unfertige Leistungen		6.350.298	0	104.664.173	0	111.014.471
3. Waren		12.069.650	0	0	0	12.069.650
4. Sonstige Vorräte		7.658.936	0	0	0	7.658.936
		37.938.425	4.035	106.251.363	0	144.193.823
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		13.412.915	0	4.086.257	-30.381	17.468.791
2. Forderungen gegen Gesellschafter		529.326	11.104	5.644.363	0	6.184.793
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		1.019.885	21.473	26.418.299	0	27.459.657
4. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		-181.830	0	6.435.436	-2	6.253.604
5. Sonstige Vermögensgegenstände		17.408.595	14.328	492.556	0	17.915.479
<i>davon Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>		<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
		32.188.891	46.905	43.076.911	-30.383	75.282.324
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		22.047.336	461.863	30.578.535	0	53.087.734
		92.174.652	512.803	179.906.809	-30.383	272.563.881
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.967.248	21.524	695.885	0	2.684.657
D. Aktiver Unterschiedbetrag aus der Vermögensverrechnung		4.137.384	78.739	2.291.244	0	6.507.367
E. Kapitalverrechnungsposten		451.295.090	0	0	-451.295.090	0
		2.211.782.588	3.110.214	1.211.231.271	-451.325.473	2.974.798.600

Passiva	€	Gasfernlei- tung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Konsolidie- rungsspalte	Gesamt
A. Eigenkapital						
I. Gezeichnetes Kapital		68.094.728	102.299	42.127.305	0	110.324.332
II. Kapitalrücklage		854.053.524	1.283.052	528.366.492	0	1.383.703.068
III. Gewinnrücklagen		762.643.328	69.954	28.807.297	0	791.520.579
		1.684.791.580	1.455.305	599.301.094	0	2.285.547.979
B. Rückstellungen						
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.602.820	106.628	3.102.788	0	8.812.236
2. Steuerrückstellungen		1.197.361	25.117	713.512	0	1.935.990
3. Sonstige Rückstellungen		468.588.551	578.675	20.110.653	0	489.277.879
		475.388.732	710.420	23.926.953	0	500.026.105
C. Verbindlichkeiten						
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		18.018.126	0	12.756.672	0	30.774.798
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		<i>18.018.126</i>	<i>0</i>	<i>12.756.672</i>	<i>0</i>	<i>30.774.798</i>
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		14.406.037	38.254	1.520.387	-30.381	15.934.297
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		<i>12.895.741</i>	<i>38.254</i>	<i>1.463.709</i>	<i>-30.381</i>	<i>14.367.323</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit über einem Jahr</i>		<i>1.510.296</i>	<i>0</i>	<i>56.678</i>	<i>-60.762</i>	<i>1.506.212</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit über fünf Jahren</i>		<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>-60.762</i>	<i>-60.762</i>
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		0	0	0	0	0
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>0</i>
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		109.746	2.117	93.359.856	0	93.471.719
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		<i>109.746</i>	<i>2.117</i>	<i>93.359.856</i>	<i>0</i>	<i>93.471.719</i>
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		140.672	307	27.305.055	-2	27.446.032
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		<i>140.672</i>	<i>307</i>	<i>27.305.055</i>	<i>-2</i>	<i>27.446.032</i>
6. Sonstige Verbindlichkeiten		13.840.761	48.214	2.323.881	0	16.212.856
<i>davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr</i>		<i>13.840.761</i>	<i>48.214</i>	<i>2.323.881</i>	<i>0</i>	<i>16.212.856</i>
<i>davon aus Steuern</i>		<i>3.677.817</i>	<i>47.675</i>	<i>1.791.996</i>	<i>0</i>	<i>5.517.488</i>
		46.515.342	88.892	137.265.851	-30.383	183.839.702
D. Rechnungsabgrenzungsposten		5.086.934	0	297.880	0	5.384.814
E. Kapitalverrechnungsposten		0	855.597	450.439.493	-451.295.090	0
		2.211.782.588	3.110.214	1.211.231.271	-451.325.473	2.974.798.600

Haftungsverhältnisse, außerbilanzielle Geschäfte und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Es besteht weiterhin die per 4. August 2017 durch VGT und per 15. Juli 2019 bis zum Jahr 2024 verlängerte Konsortialkreditlinie in Höhe von 600,0 Mio. €. OGE ist ebenfalls Kreditnehmerin unter dem entsprechenden Kreditvertrag und somit berechtigt, die Kreditlinie in Anspruch zu nehmen. Zum Stichtag war die Kreditlinie nicht gezogen. Es existieren von dieser Kreditlinie eine Nebenkreditlinie auf der Ebene der VGT in Höhe von 10,0 Mio. € (Kontokorrentlinie) sowie zwei Nebenkreditlinien auf der Ebene der OGE in Höhe von 20,0 Mio. € (Kontokorrentlinie für den Cashpool) und 1,5 Mio. € (reserviert für Avale bzw. Bürgschaften). Zum Stichtag 31. Dezember 2020 wurde ausschließlich die Avallinie durch die Herausgabe von Bankbürgschaften in Höhe von 1,1 Mio. € in Anspruch genommen. Im August 2020 hat OGE eine weitere Avallinie in Höhe von 10,0 Mio. € abgeschlossen. Diese Linie war zum Stichtag 31. Dezember 2020 durch Bürgschaften in Höhe von insgesamt 1,6 Mio. € in Anspruch genommen. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften. OGE rechnet nicht mit einer Inanspruchnahme der Bürgschaften, da diese Art von Bürgschaften lediglich der Absicherung von Lieferanten oder Kommunen dienen, falls OGE seinen zukünftigen Zahlungs- bzw. Rückbauverpflichtungen nicht nachkommen wird. Die Nebenkreditlinien werden den Tätigkeiten außerhalb des Gassektors zugeordnet.

Die finanziellen Auswirkungen von nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäften i.S.d. § 285 Nr. 3a HGB belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 187,3 Mio. € p.a. aus langfristigen Verträgen für die Gebrauchs- und Nutzungsüberlassung des Leitungsnetzes (Sparte Gasfernleitung). Hiervon entfallen 132,4 Mio. € p.a. auf verbundene Unternehmen. Zum Bilanzstichtag bestehen Einzahlungsverpflichtungen für noch nicht eingeforderte Einlagen in die Kapitalrücklage gegenüber Zeelink in Höhe von 75,0 Mio. € und gegenüber NETG in Höhe von 19,9 Mio. € (Tätigkeiten außerhalb des Gassektors). Darüber hinaus bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 383,0 Mio. € und betreffen Bestellobligos. Diese werden gemäß dem Materialschlüssel aufgeteilt und gliedern sich wie folgt: Gasfernleitung 337,7 Mio. €, Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors 0,1 Mio. € und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors 45,2 Mio. €. Von den sonstigen finanziellen Verpflichtungen entfallen 10,6 Mio. € auf verbundene Unternehmen.

Gewinn- und Verlustrechnung nach Tätigkeiten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020

€	Gasfern- leitung	Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors	Tätigkeiten außerhalb des Gassektors	Gesamt
1. Umsatzerlöse	917.685.184	7.466.112	151.149.476	1.076.300.772
2. Bestandsveränderungen	3.995.561	0	37.540.008	41.535.568
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	22.718.283	0	0	22.718.283
4. Sonstige betriebliche Erträge	19.677.705	8.539	2.448.936	22.135.181
- davon Erträge aus Währungsumrechnung	3.395	22	746	4.163
5. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-66.396.873	-17.207	-7.029.855	-73.443.934
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-428.514.835	-159.770	-59.257.312	-487.931.917
	-494.911.708	-176.977	-66.287.168	-561.375.853
6. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	-88.315.490	-1.694.340	-48.709.599	-138.719.429
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-24.144.070	-452.427	-13.576.463	-38.172.960
- davon für Altersversorgung	-10.510.810	-180.727	-5.759.601	-16.451.138
	-112.459.560	-2.146.767	-62.286.062	-176.892.389
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-126.691.394	-1.046.306	-4.467.589	-132.205.288
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-72.983.214	-1.233.245	-22.594.662	-96.811.121
- davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung	-23.784	-252	-8.506	-32.541
9. Beteiligungsergebnis	0	0	88.888.588	88.888.588
a) Erträge aus Beteiligungen	0	0	24.002.040	24.002.040
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	9.077.925	9.077.925
b) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	0	0	64.887.316	64.887.316
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	64.887.316	64.887.316
c) Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	-768	-768
- davon gegenüber verbundenen Unternehmen	0	0	-768	-768
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	114.846	2.131	81.668	198.645
- davon von verbundenen Unternehmen	42.884	784	33.970	77.638
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-46.036.644	-545.820	-16.641.196	-63.223.660
- davon Zinsaufwendungen aus Aufzinsung von Rückstellungen	-51.842.780	-659.128	-19.123.867	-71.625.775
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-58.150.865	-1.218.225	-34.684.696	-94.053.786
13. Ergebnis nach Steuern	52.958.194	1.109.442	73.147.303	127.214.939
14. Sonstige Steuern	-335.178	-3.226	-151.096	-489.500
15. Aufwendungen aus der Ergebnisabführung	-82.623.015	-1.106.216	-72.996.207	-156.725.439
16. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-30.000.000	0	0	-30.000.000
17. Entnahmen aus den anderen Gewinnrücklagen	30.000.000	0	0	30.000.000
18. Bilanzgewinn	30.000.000	0	0	30.000.000

Erläuterungen zur rechnungsmäßigen Entflechtung (Unbundlingrechnung)

Vorbemerkungen

Bedingt durch das Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz - EnWG) in der Fassung vom 25. Februar 2021 hat die Open Grid Europe GmbH nach den Vorschriften des § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen für die Tätigkeitsbereiche Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors aufzustellen.

Im Hinblick auf die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden (inkl. Abschreibungsmethoden), die den drei Tätigkeitsabschlüssen zugrunde liegen, verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Regeln gem. § 6b Abs. 3 EnWG

In der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt im Regelfall eine direkte Zuordnung der Aktiv- und Passivposten sowie der Aufwendungen und Erträge auf die einzelnen Tätigkeitsbereiche. In den Fällen, in denen nur ein mittelbarer Sachbezug zu den Tätigkeiten gegeben oder die direkte Zuordnung mit unverhältnismäßig hohem Aufwand verbunden gewesen ist, erfolgt die Zuordnung durch Schlüssel auf der Basis sachgerechter Bezugsgrößen. Im Vergleich zum Vorjahr sind bei einzelnen Schlüsselungen geringfügige Fortentwicklungen und Präzisierungen vorgenommen worden, um die tatsächlichen organisatorischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und die Verursachungsgerechtigkeit der Kostenallokation abzubilden. Als Folge hieraus ergibt sich eine leicht veränderte Zuordnung zu den Tätigkeitsbereichen Gasfernleitung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors und Tätigkeiten außerhalb des Gassektors.

Im Einzelnen kommen hauptsächlich nachstehende Bezugsgrößen zur Ermittlung der Schlüssel zur Anwendung:

- Personenmanntage
- Kostenschlüssel (Personal-, Material- und Instandhaltungsaufwand)
- Technische Kenngrößen (z.B. Leitungslänge und Verdichterleistung)
- Gesamtkosten
- Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
- Jahresüberschuss
- Buchwerte Anlagevermögen

Grundlage für die oben genannten Schlüssel sind im Wesentlichen die entsprechenden Erträge und Aufwendungen der GuV der Open Grid Europe GmbH und die Posten der Bilanz.

Die Leistungsbeziehungen zwischen den Tätigkeitsbereichen werden in der Bruttodarstellung abgebildet und auf Grundlage der angefallenen Kosten bewertet. Bei der Bruttodarstellung werden die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen aufgrund des sachlichen Bezugs den Tätigkeiten zugeordnet. Der tatsächliche wirtschaftliche Erfolg der jeweiligen Tätigkeit wird im Anschluss durch Anwendung der internen Leistungsverrechnung (für Personal, Geräte etc.) zwischen den Tätigkeiten verursachungsgerecht abgebildet.

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2020 nach Tätigkeiten

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.01.2020	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2020	1.01.2020	Zugänge	Abgänge	31.12.2020	31.12.2020	31.12.2019
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
Immaterielle Vermögensgegenstände											
Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.366.134,23	538.231,15	0,00	0,00	11.904.365,38	3.576.606,83	1.195.854,31	0,00	4.772.461,14	7.131.904,24	7.789.527,40
<i>davon Gasfernleitung</i>	9.919.292,42	377.239,02	0,00	0,00	10.296.531,44	2.659.272,88	1.032.531,41	0,00	3.691.804,29	6.604.727,15	7.253.230,23
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	37.060,10	1.236,18	0,00	0,00	38.296,28	27.795,83	2.275,90	0,00	30.071,73	8.224,55	8.354,11
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.409.781,71	159.755,95	0,00	0,00	1.569.537,66	889.538,12	161.047,00	0,00	1.050.585,12	518.952,54	527.943,06
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	138.519.119,27	11.814.160,87	-1.756.867,41	7.495.737,60	156.072.150,33	86.214.562,77	15.349.532,91	-1.755.906,47	99.808.189,21	56.263.961,12	52.304.556,50
<i>davon Gasfernleitung</i>	121.993.450,39	8.997.744,26	-1.301.072,99	6.761.182,96	136.451.304,62	74.948.097,24	12.826.355,86	-1.300.710,14	86.473.742,96	49.977.561,66	47.446.090,29
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	3.888.817,27	572.893,95	-41.133,15	195.533,22	4.616.111,29	1.715.938,48	1.280.071,89	-41.133,15	2.954.877,22	1.661.234,07	1.540.588,60
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	12.636.851,61	2.243.522,66	-414.661,27	539.021,42	15.004.734,42	9.550.527,05	1.243.105,16	-414.063,18	10.379.569,03	4.625.165,39	3.317.877,61
Geleistete Anzahlungen	8.328.845,06	2.563.363,20	0,00	-7.495.737,60	3.396.470,66	0,00	0,00	0,00	0,00	3.396.470,66	8.328.845,06
<i>davon Gasfernleitung</i>	7.403.663,68	1.964.571,72	0,00	-6.821.328,94	2.546.906,46	0,00	0,00	0,00	0,00	2.546.906,46	7.500.008,93
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	144.536,35	119.697,46	0,00	-131.655,34	132.578,47	0,00	0,00	0,00	0,00	132.578,47	83.934,88
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	780.645,03	479.094,02	0,00	-542.753,32	716.985,73	0,00	0,00	0,00	0,00	716.985,73	744.901,25
	158.214.098,56	14.915.755,22	-1.756.867,41	0,00	171.372.986,37	89.791.169,60	16.545.387,22	-1.755.906,47	104.580.650,35	66.792.336,02	68.422.928,96
Sachanlagen											
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	288.845.336,29	8.667.715,30	-897.439,55	10.496.642,80	307.112.254,84	141.915.159,00	7.560.442,23	-897.439,55	148.578.161,68	158.534.093,16	146.930.177,29
<i>davon Gasfernleitung</i>	258.745.913,74	8.559.470,50	-371.927,76	10.493.653,81	277.427.110,29	123.924.676,36	6.929.557,87	-371.927,76	130.482.306,47	146.944.803,82	136.578.545,71
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	456.505,26	2.685,97	0,00	0,00	459.191,23	226.048,45	12.335,53	0,00	238.383,98	220.807,25	164.719,82
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	29.642.917,29	105.558,83	-525.511,79	2.988,99	29.225.953,32	17.764.434,19	618.548,83	-525.511,79	17.857.471,23	11.368.482,09	10.186.911,76
Technische Anlagen und Maschinen	4.806.041.307,10	58.504.607,76	-11.312.877,34	52.194.772,66	4.905.427.810,18	3.552.622.505,81	100.385.945,39	-11.312.877,34	3.641.695.573,86	1.263.732.236,32	1.253.418.801,29
<i>davon Gasfernleitung</i>	4.800.480.334,60	57.440.796,88	-11.312.877,34	52.001.508,47	4.898.609.762,61	3.547.778.565,32	100.657.195,42	-11.312.877,34	3.637.122.883,40	1.261.486.879,22	1.252.614.473,02
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	2.344.316,30	0,00	0,00	0,00	2.344.316,30	2.315.228,86	-281.416,99	0,00	2.033.811,87	310.504,43	44.045,24
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	3.216.656,19	1.063.810,88	0,00	193.264,19	4.473.731,26	2.528.711,63	10.166,96	0,00	2.538.878,59	1.934.852,67	760.283,03
Betriebs- und Geschäftsausstattung	99.944.957,32	11.490.685,69	-1.902.637,04	5.688.928,88	115.221.934,85	64.923.427,61	7.713.514,71	-1.881.975,21	70.754.967,11	44.466.967,74	35.021.529,71
<i>davon Gasfernleitung</i>	63.226.931,53	8.071.514,70	-1.200.341,09	4.196.337,68	74.294.442,82	39.240.320,64	5.245.753,56	-1.190.101,29	43.295.972,91	30.998.469,91	23.254.207,73
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	217.476,45	24.538,18	-6.925,56	299,58	235.388,65	94.379,77	33.039,69	-6.901,44	120.518,02	114.870,63	53.236,21
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	36.500.549,34	3.394.632,81	-695.370,39	1.492.291,62	40.692.103,38	25.588.727,20	2.434.721,46	-684.972,48	27.338.476,18	13.353.627,20	11.714.085,77
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	133.883.681,97	97.119.035,26	0,00	-68.380.344,34	162.622.372,89	0,00	0,00	0,00	0,00	162.622.372,89	133.883.681,97
<i>davon Gasfernleitung</i>	132.092.999,86	96.866.277,88	0,00	-66.886.634,07	162.072.643,67	0,00	0,00	0,00	0,00	162.072.643,67	116.468.614,26
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	13.839,76	33.079,49	0,00	0,00	46.919,25	0,00	0,00	0,00	0,00	46.919,25	14.951,70
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	1.776.842,35	219.677,89	0,00	-1.493.710,27	502.809,97	0,00	0,00	0,00	0,00	502.809,97	17.400.116,01
	5.328.715.282,68	175.782.044,01	-14.112.953,93	0,00	5.490.384.372,76	3.759.461.092,42	115.659.902,33	-14.092.292,10	3.861.028.702,65	1.629.355.670,11	1.569.254.190,26

Entwicklung des Anlagevermögens für das Geschäftsjahr 2020 nach Tätigkeiten

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen				Buchwerte	
	1.01.2020 €	Zugänge €	Abgänge €	Umbuchungen €	31.12.2020 €	1.01.2020 €	Zugänge €	Abgänge €	31.12.2020 €	31.12.2020 €	31.12.2019 €
Finanzanlagen											
Anteile an verbundenen Unternehmen	663.603.272,39	150.750.000,00	0,00	0,00	814.353.272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	813.853.273,39	663.103.273,39
<i>davon Gasfernleitung</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	663.603.272,39	150.750.000,00	0,00	0,00	814.353.272,39	499.999,00	0,00	0,00	499.999,00	813.853.273,39	663.103.273,39
Beteiligungen	168.459.097,84	14.032.641,26	-1.754.552,90	0,00	180.737.186,20	0,00	0,00	0,00	0,00	180.737.186,20	168.459.097,84
<i>davon Gasfernleitung</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	168.459.097,84	14.032.641,26	-1.754.552,90	0,00	180.737.186,20	0,00	0,00	0,00	0,00	180.737.186,20	168.459.097,84
Sonstige Ausleihungen	2.765.672,77	175.303,10	-514.208,88	0,00	2.426.766,99	183.902,06	0,00	-61.364,17	122.537,89	2.304.229,10	2.581.770,71
<i>davon Gasfernleitung</i>	1.758.414,75	98.741,71	-326.934,00	0,00	1.530.222,46	116.924,93	0,00	-39.015,34	77.909,59	1.452.312,87	1.573.951,91
<i>davon andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors</i>	33.464,64	1.879,17	-6.221,93	0,00	29.121,88	2.225,21	0,00	-742,51	1.482,70	27.639,18	32.022,14
<i>davon Tätigkeiten außerhalb des Gassektors</i>	973.793,38	74.682,22	-181.052,95	0,00	867.422,65	64.751,92	0,00	-21.606,32	43.145,60	824.277,05	975.796,66
	834.828.043,00	164.957.944,36	-2.268.761,78	0,00	997.517.225,58	683.901,06	0,00	-61.364,17	622.536,89	996.894.688,69	834.144.141,94
	6.321.757.424,24	355.655.743,59	-18.138.583,12	0,00	6.659.274.584,71	3.849.936.163,08	132.205.289,55	-15.909.562,74	3.966.231.889,89	2.693.042.694,82	2.471.821.261,16

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Open Grid Europe GmbH, Essen

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Open Grid Europe GmbH, Essen, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Open Grid Europe GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) als nicht inhaltlich geprüften Bestandteil des Lageberichts.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser

jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten „Gasfernleitung“, „Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors“ und „Tätigkeiten außerhalb des Gassektors“ nach § 6b Abs. 3 Satz 1 EnWG – bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse – geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG“ weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können.

Essen, den 15. März 2022

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Preiß
Wirtschaftsprüfer

ppa. Ronald Koch
Wirtschaftsprüfer